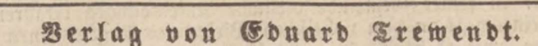
Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 205. Morgen-Ausgabe.


Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 3. Mai 1862.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 2. Mai. Der „Esprit public" meldet: General Niel geht nach Rom mit militärischer und diplomatischer Gewalt, und wird versuchen, die Ansprüche des Papstes mit den Rechten der Italiener zu versöhnen. (Wiederholt.)

Frankfurt, 1. Mai. Die Bundesversammlung beschloß, den eventuellen Protest des dänischen Gesandten v. Bülow vom 19. März gegen den Bundesbeschluß vom 27. März als unbegründet zurückzuweisen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 2. Mai, Nachm. 2 Uhr. (Angekommen 5 Uhr 45 Min.) Staats-Schuldscheine 90¾. Prämien-Anleihe 122½. Neueste Anleihe 107¾. Schles. Bank-Verein 97⅜. Oberschlesische Litt. A. 156½. Oberschles. Litt. B. 134⅛ B. Freiburger 129. Wilhelmsbahn 46¼. Neisse-Brieger 75¼. Tarnowitzer 45½. Wien 2 Monate 77½. Oesterr. Credit-Aktien 86¼. Oesterr. National-Anleihe 66¼. Oest. Lotterie-Anleihe 77¾. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 139. Oesterr. Banknoten 78. Darmstädter 87¾. Commandit-Antheile 97. Köln-Minden 182. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 63¾. Posener Provinzial-Bank 97½. Mainz-Ludwigshafen 125½. Lombarden 140. Hamburg 2 Monat 150¼. London 3 Monat 6, 21⅛. Paris 2 Monat 79⅝. — Weichend.

Wien, 2. Mai, Mittags 12 Uhr 30 Min. Credit-Aktien 224, 50. National-Anleihe 84, 60. London 129, 80.

Berlin, 2. Mai. Roggen: fester. Mai-Juni 51¾, Juni-Juli 50¾, Juli-Aug. 49½, Sept.-Okt. 48½. — Spiritus: fest. Mai-Juni 17⅛, Juni-Juli 17⅜, Juli-August 17¾, Sept.-Okt. 18⅛. — Rüböl: besser. Mai 12⅞, Sept.-Okt. 12⅞.

D. Der preußisch-französische Handels-Vertrag.

II.

Die politischen Beweggründe, welche die uns feindlichen deutschen Regierungen möglicherweise zur Ablehnung des Handelsvertrages treiben, werden im Hintergrunde bleiben. In den Vordergrund werden alle die Einwendungen treten, welche die Industriellen jener dem Schutzzoll ergebenen Länder vom national-ökonomischen Gesichtspunkte aus erheben werden, und wir zweifeln nicht daran, daß auch ein Theil unserer Industriellen sich diesem Widerstande anschließen wird.

So wollen wir denn von selbst diesen Einwendungen entgegengehen, theils ihre Nichtigkeit beweisen, theils auf die Zukunft deuten, welche augenblickliche Hindernisse, die der Besiegung der Concurrenz entgegenstehen, aufheben wird, theils die Kraft und den Muth, welche unsere Industrie auf ihren jetzigen Stand gehoben haben, als die nothwendigen Factoren auch weiterer Fortschritte bezeichnen.

Es ist nicht zu leugnen, daß einzelne Tarifreductionen bedeutend sind. Keine einzige aber erreicht den 1818 beabsichtigten Werthzoll von 10 pCt., und die meisten bewegen sich zwischen 30 und 40 pCt. des Werthes. Das sind Ermittelungen, welche amtlich gemacht worden und sowohl für Berlin, als für München und Stuttgart zutreffen, wonach z. B. für Gewebe verschiedener Feinheit der neue Zoll sich von 20 pCt. auf 15 pCt. des Werthes, aber nicht weiter hinunter bewegen würde. Aber wunderbarer noch ist es, daß die „Enquête du conseil superieur du commerce", welche in Frankreich dem Abschlusse des englisch-französischen Handelsvertrages voranging, zu ähnlichen Werthzöllen für englische Waaren, nach dem Gewicht berechnet, gelangte. Zu bewundern ist ferner, daß Frankreich oder vielmehr Napoleon III. den Muth hatte, trotzdem Frankreich bisher sich gegen alle Einfuhr abzusperren versucht hatte, seine Industrie also jedenfalls ganz unvorbereitet, ja wie man dort glaubte, sogar wehrlos, der Concurrenz des Auslandes überliefert wurde, daß, sagen wir, Napoleon den Muth hatte, einen Zolltarif einzuführen, welcher in seinen Werthzöllen bei feinen englischen Druckwaaren, bei Posamentir- und Band-Waaren, bei Musselinen und gemischten Waaren sich höchstens auf 17 Thlr. per Centner erstreckt, während er bei uns selbst nach 1866, also zum niedrigsten Satze des Tarifs, je nach der Dichtheit und Feinheit des Gewebes, von 10 Thlr. bis 30 Thlr. steigen wird. Der französische Vertrag mit England ist seit dem 1. Oktober 1861 in Kraft. Der Export nach Amerika ist für England seitdem unmöglich geworden, es hat also nach Frankreich fast unter dem Herstellungspreise exportiren müssen, der Mehr-Import englischer Waaren ist enorm gewesen, und trotzdem haben die wirklich naturwüchsigen Industriezweige Frankreichs zu widerstehen gewußt, ja aus Mühlhausen sind bereits zustimmende Vota früher enragirter Schutzzöllner eingegangen, und man hat von neuem einer bedeutenden Industrie, der des Zollvereins, in dem jetzigen Handelsvertrage ungescheut das Land und die Concurrenz geöffnet.

Was aber die Einfuhr französischer Gewebe bei uns betrifft, so ist dieselbe nur bei feineren Geweben, wie Musselinen oder Jaconnets, sie seien gemustert oder bedruckt, zu fürchten; bei Cattunen sind Berlin und Sachsen schon so weit, daß sie eine solche Einfuhr selbst bei niedrigerern Zöllen kaum zu scheuen hätten. Der jetzige Zoll von 50 Thlrn. per Centner, der zwischen feinen und starken baumwollenen Waaren keinen Unterschied traf, ist für rohe, dichte Gewebe, mit Ausnahme der sammetartigen, auf 12 Thlr., von 1866 ab auf 10 Thlr., für gebleichte oder bedruckte undichte Gewebe auf 34 Thlr. und von 1866 ab auf 30 Thlr., für alle mittleren auf 24 resp. 16 Thlr. heruntergesetzt. Freilich bedeutende Reductionen, aber immer noch die Mitte haltend zwischen den Forderungen der Freihändler und Schutzzöllner. Was die dichten Gewebe betrifft, so sind Langenbielau und Peterswaldau, Berlin und Eilenburg, Seifhennersdorf und Chemnitz auf eine solche Stufe der Vollkommenheit in der Fabrikation gediehen, daß sie neben England nach den Donaufürstenthümern, nach der Levante und dem ganzen Osten, eben so wie nach Amerika exportiren, und wer die Concurrenz auf fremdem Markte nicht scheut, hat sie doch wohl zu Hause nicht zu fürchten. Was die in Schmiedeberg gefertigten Plüsche betrifft, so sind sie von dem Zoll auf dichte Gewebe ausgenommen, und diese sowohl wie die dort gefertigten Teppiche, welche schon weit ins Ausland geschickt werden, und sich eben so wie die in Breslau gefertigten Posamentir- und Knopfmacherwaaren, nicht blos durch Billigkeit, sondern auch durch feinen Geschmack auszeichnen, haben trotz der Zollherabsetzung von 20 Thalern auf 15 und 10 Thaler, für Teppiche und von 50 und 30 Thalern auf 24 und resp. 20 Thaler für Posamentirwaaren von 1866 ab nur einen rühmlichen Kampf zu bestehen, aber ein Unterliegen nicht zu fürchten.

Was die feinen Gewebe betrifft, so hat der Zollverein darin Frankreich nie Concurrenz gemacht, und wenn sich der Import zu uns bei dem mäßigeren Zolle steigern wird, so mußte Frankreich doch ein Aequivalent für unseren unbedingt gesteigerten Import in dichten Geweben geboten werden, und es ist gewiß nicht gering anzuschlagen, daß wir mit den feinen importirten französischen Geweben auch deren feinen Geschmack einführen und bei uns heimisch machen.

Schieben wir hier einen Satz ein, der nicht allein auf die Baumwollen-Industrie, sondern auch auf alle übrigen Industrien, welche von diesem Handelsvertrage tangirt werden, Anwendung findet. Ein geistreicher Franzose, Professor Cousin, kam in seinen Studien über den großen National-Oekonomen Adam Smith mit eben so viel Gerechtigkeit als Tiefe zu dem Resultate, „das Schaffende, Herrschende, Bedeutende bei der Arbeit der Hände ist der Geist."

Regel und Harmonie beruhen nicht auf der Geschicklichkeit der Hände, nicht auf der Theilung der Arbeit, sie beruhen auf dem Gedanken und dem Geiste. Der Gedanke und der Geist aber, auf welchem Felde immer sie sich bewegen, bedürfen zu ihrer vollen, segensreichen Wirksamkeit der Freiheit. Ohne Freiheit keine Kraft, keine Gerechtigkeit, keine Größe. Man ist als guter Industrieller erst dann auch ein guter Staatsbürger, wenn man auch andern Interessen freies Spiel gönnt, wenn man sich mit ihnen zu versöhnen sucht, nicht aber für sich und einige Genossen, statt der gleichen Freiheit, den besondern Schutz des Staates beansprucht. Der Geist und die Freiheit sind die Regel und die Wesenheit bei aller Speculation auf die Zukunft, bei allem Fortschritte, in der Industrie eben so wie auf andern Gebieten.

„Abstrakte Ideen", wird man sagen. Man wird mit Zahlen und Thaten vorrücken, die sich auf eine Erfahrung gründen, welche zu machen dem Prinzipe des Freihandels meist versagt war. Aber da, wo das Letztere nur annähernd wirksam war, wie fast bei jedem Handelsvertrage, der das neue Prinzip ins Auge faßte, hat es sich auch in der Erfahrung bewährt, und die Zahlen, welche es erreicht, schlagen alle die unter dem andern Prinzipe gewonnenen. Man muß nur auch bei Zahlen und Thaten die Freiheit, die Freiheit der Untersuchung wahren. Man muß uns gestatten, den Charakter der Zahlen und Thaten zu ergründen und zu bestimmen, sie auf ihre richtige Basis zurückzuführen, da wo man sie entstellt, und aus natürlicher Verbindung reißt, wo man scheinbare Resultate mit wirklichen mengt.

Was aber für den Gedanken und den Geist die Freiheit, das ist für die Bildung, wenigstens auf dem Gebiete der Industrie, der Mode und der Kunst, der Geschmack, und im Geschmacke sind die Franzosen die unleugbar bevorzugteste Nation, wir aber sind die nachahmungsfähigste. Auf unserem ersten schlesischen Gewerbetage ist mit eben so beredten als geschickten Worten, welche bereits den neuen Handelsvertrag in's Auge faßten, die Errichtung eines Musterlagers fremder Industrien vorgeschlagen und mit allseitiger Zustimmung aufgenommen worden. Wie auf diesen Musterlagern unsere Producenten, der Fabrikant und der Handwerker, der Meister wie der Arbeiter die Productionen fremder Länder studiren, die Bedürfnisse derselben ergründen, die Vorzüge sich aneignen und auf unsere Waare verpflanzen, den feineren Geschmack auch auf Fabrikationen niederer Gattung übertragen werden, so wird für das consumirende Publikum schon die Straße und die Gesellschaft, auf denen die geschmackvollen, dem Wohlstand und dem Luxus dienenden französischen Luxuswaaren sich dem Auge in gesteigertem Maße präsentiren werden, eine Bildungsschule des Geschmackes sein.

Nicht aber die Höhe des Exportes allein bezeichnet die Höhe der Industrie eines Landes, vielmehr thut dies die Höhe des Bedarfes im eigenen Lande. Wenn unsere Consumenten durch Bezahlung geringerer Zölle, durch die Hebung des Verkehrs, die freie Einfuhr aller Rohstoffe, welche ja auch dem Produzenten nöthig ist, durch das Gedeihen der Landwirthschaft, und dadurch, daß sie nicht wie bisher der Industrie auf so vielen Gebieten tributär gemacht werde, an Wohlstand gewinnen, und demgemäß mehr consumiren können; wenn sie ferner durch erhöhte Bildung und Steigernng des Geschmackes mehr noch auf das Bedürfniß des Wechsels geleitet werden, dann wird unsere Industrie, trotz des erhöhten Importes, im Lande selbst einen freudigeren Absatz finden, und dieser Absatz wird sich nicht blos in Sachen des Geschmackes sondern auch in den verschiedenen Berufsgegenständen steigern. Auf den fremden Märkten werden wir, die wir nur gar zu gern das Fremde nachahmen, die fremde Concurrenz dadurch besiegen, daß wir den verfeinerten französischen Geschmack auch auf unsere gewöhnlichen Fabrikate übertragen, und damit dem so sehr hervorstechenden Gleichheitssinne in Frankreich selbst schmeicheln, das in Sachen des Geschmackes weniger anstellungsfähige und schwerfälligere England aber gerade in der für uns bedeutenden Concurrenz der Waaren für die Massen-Consumtion schlagen. Unsere Musterlager werden dafür zu sorgen haben, daß wir auch über die Bedürfnißfrage, über die Verpackung, die Form u. s. w. gut unterrichtet sind, und nicht wie unsere Leinen-Industrie es früher gethan, glauben, unsere Anschauungen anderswo octroyiren zu können.

Ehe wir zu einer weiteren Detail-Besprechung der Zollreformen zurückkehren, wollen wir noch kurz der Pflichten des Staates gedenken, welche er der Industrie, gegenüber der Herabsetzung der Zölle und der eröffneten Concurrenz, schuldet. Soweit sie die zollfreie Einfuhr aller Rohstoffe betreffen, sind und werden sie erfüllt. Chemikalien, die der Herstellung der Fabrikate nothwendig zu Hilfe kommen müssen, sind in der Steuer auf ein Minimum reducirt, nur Soda noch auf 20 Sgr., später auf 7½ Sgr., gehalten. Der unleugbaren Bedeutung der Franzosen auf dem Felde der Farbenchemie, wie der angewandten Chemie im Allgemeinen tritt unsererseits die beispiellose Wohlfeilheit des zur Fabrikation größtentheils nöthigen Salzes entgegen, welche in Frankreich noch lange auf sich warten lassen wird. Die freie Einfuhr physikalischer und chemischer Instrumente ist ein geistiger Hebel, für den ebenfalls der Staat aufzukommen hatte.

Eine Hauptpflicht aber hat der preußische Staat noch zu erfüllen. Er hat den Verkehr von allen darauf haftenden Lasten möglichst zu befreien; die Bergwerks-Frohne, wie dies in Oesterreich bereits geschehen, ganz aufzuheben; Communicationswege zu bauen, Communicationsmittel zu beschaffen; auf die Ermäßigung der Frachtsätze thunlichst einzuwirken; die Flüsse von Zöllen und Schifffahrts-Abgaben zu befreien, endlich besonders in Schlesien Eisenbahnen zu concessioniren und zur Canalisirung der Oder beizutragen. Diese Postulate, welche auch der Gewerbetag zu den seinigen gemacht, sind seit einem halben Jahre fast das ständige Thema dieser Zeitung, wir haben daher kaum nöthig, darauf zurückzukommen: das neue Abgeordnetenhaus aber wird darauf zu sehen haben, daß in dem Etat für 1863 die entsprechenden Zahlen für diese Verkehrs-Erweiterungen und Erleichterungen figuriren; daß diese Zahlen Wesenheit und nicht Schein sind; daß gesteigerte Einnahmen auch für diesen wichtigsten Factor der Volkswirthschaft zu gesteigerten Ausgaben in Anspruch genommen werden können. Bis zum 1. Januar 1866 sollen die Einfuhrzölle ihren niedrigsten Grad erreichen. Die vorige Regierung hat Weisheit und Vorsicht bewiesen, indem sie die Herabsetzung stufenweise und doch schnell sich folgend verabredete. Die Industrie wird unterdeß sich für das letztere Stadium rüsten. Die Verkehrs-Erleichterung aber muß innerhalb dieser drei Jahre riesige Fortschritte machen, wenn sie bis dahin auch ihrer Aufgabe Genüge gethan haben will.

Kehren wir jetzt zu der Detail-Behandlung des Zolltarifes zurück.

Die wollenen und halbwollenen gewalkten und ungewalkten Stoffe erfahren nur geringe Zollherabsetzung. Wüstegiersdorf in Schlesien und Chemnitz in Sachsen, denen es gelungen ist, mit ihren glatten und gemusterten Orleans, Twills, Lastings und Serges das Ausland fast ganz aus unserem Markte zu drängen, werden es sich zur Ehre rechnen, auch in Frankreich mit ihren Fabrikaten aufzutreten. Ein Gleiches werden Gera und Zeitz mit Poil de Chèvre und Geweben aus gefärbten Garnen thun. Berlin und Schmiedeberg, Glauchau und Meerana haben schon auf der Exposition von 1855 in Paris mit ihren wollenen Tüchern, Shawls und Stoffen, selbst den bedruckten, durch die Billigkeit der Herstellung, wie durch den Geschmack, gerechtes Erstaunen erregt und werden jetzt auf französischen Märkten glänzen.

Wir kommen zu dem Artikel, welcher am meisten von den süddeutschen Staaten protegirt wird, und für den sie daher das ganze schwere Geschütz in das Feld führen; wir meinen die Garne und Twiste. Mit blutendem Herzen hatte 1846 Preußen darein gewilligt, den Twistzoll von 2 auf 3 Thlr. zu erhöhen. Es ist kein Geheimniß, wie schwer es diese Einwilligung bereut, wie die Herabsetzung auf wiederum mindestens 2 Thlr. im Jahre 1865 eine conditio sine qua non für den Zollverein wurde. Die meisten Spinnereien in Süddeutschland sind Actien-Unternehmungen. Sie geben öffentliche Abrechnung, und ihre Dividende erreichte 10, ja 20 pCt., die Reserve-Abschreibungen nicht eingerechnet. Und dennoch diese Furcht des Verhungerns. Man ist ja so perfide, uns vorzuwerfen, daß wir für alle Nummern Garne den gleichen Zoll stellen und die feinen wenigstens nicht höher besteuern; und zu gleicher Zeit tadelt man uns, daß wir bei Geweben, wo das Princip des einheitlichen Zolles wirklich falsch war, diesen fallen ließen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" bringt die lange gleitende Skala der französischen Garnzölle, wonach dieselben bei Nummer 20 und weniger mit einem Zoll von 2 Thlr. beginnen und bei Nr. 170 und darüber mit einem solchen von 40 Thaler schließen, also endlich prohibirend wirken. Aber solche gleitende Skalen hat eben die Wissenschaft wie die Erfahrung längst verdammt, weil sie vexatorisch sind, zu Schmuggel und Betrug Veranlassung geben, und hauptsächlich darum, weil sie die Vervollkommnung in einzelnen Nummern für die Arbeit unmöglich machen, indem sie solche in allen Nummern zu erstreben suchen. England hat in Twisten freilich eine halbe Mill. Centner in den Zollverein und zwar meist in feiner Nummer eingeführt, aber wir selbst haben nur niedrige Nummern fabrizirt, und sind gerade deshalb in der Produktion und deren Absatz im Inland von 121,000 Centner unserer eigenen Garne im Jahre 1839 auf über eine Million Centner im Jahre 1861 gestiegen. Die 60,000 Spindeln Schlesiens sind meist in Privathänden; wir wünschen von Herzen, daß sie eben so rentiren mögen, wie die süddeutschen Actienspinnereien. Wir wissen, daß hier die Fabrikation von Twisten, welche sich früher selten auf höher als Nr. 24 Water uud Nr. 30 Mull erstreckte, jetzt zu Nr. 30 Water und Nr. 40 Mull geht, und dabei sehr gesucht ist. Wir wissen aber auch, daß diese Spinnereien auf eine Reduktion des Tarifes gefaßt waren und sie gern ertragen würden, wenn nur erst Amerika wieder seine Baumwolle verschickte. Der Freihandel hatte wiederum noch niedrigere Zölle im Auge, und wenn er die Herabsetzung der gebleichten und gefärbten Garne von 8 Thlr. auf 4, der drei- und mehrdräthigen von 8 Thlr. auf 6, wenn er die Herabsetzung des 8 Thalerzolles für drei- und mehrfach gezwirnte wollene Garne auf die Hälfte dennoch mit Freude begrüßt, trotzdem er oft genug die Vernünftigkeit einer doppelt so starken Reduktion bewiesen, so mögen sich die Schutzzöllner an unserer Nachgiebigkeit und Genügsamkeit ein Beispiel nehmen. Uebrigens giebt Schlesien auch den Kamm- und Streichgarn-Fabrikanten, durch die erhöhte Züchtung von Negretti-Schafen die Aussicht, sich auch für unsere wollene Garne den Rohstoff besser und billiger zu beschaffen, während Frankreich für die seinigen die Export-Bonifikation fallen lassen muß.

Was die Tuche betrifft, so ist die Vorzüglichkeit der deutschen auf jedem Markte anerkannt. Jeder Laie kennt sie. Spremberg, Forste, Guben — haben es dem Arbeiter, Gärtner und Bauer auf dem Lande, den untern und mittleren Ständen in der Stadt möglich gemacht, sich in Tuch zu kleiden. Weniger bekannt dürfte es sein, daß Hainau und Görlitz in königsblauen und Ponceau-Tuchen ihren Absatz bis Tiflis erstrecken.

Für seidene Waaren und seidenes Band, für die Fabrikation von Elberfeld und Crefeld, wie für die von Berlin wird die Concurrenz schwer, vielleicht nur in geringerer und mittlerer Waare möglich sein; aber trotzdem ist es der Weber von Lyon, nicht der von Elberfeld und Berlin, welcher hungert.

Für Linnengarne und Linnenwaare wird vielleicht ein neuer Markt eröffnet. Möge Schlesien seine Schuldigkeit in der Bereitung des Flachses, wie in seinem Gespinnste und Gewebe thun, und wenn es dann auch der Reelität getreu bleibt, wird es vielleicht sein Renommée wiederfinden. Haben sich doch für schlesische Pack- und Sackleinwand wiederum Abzugs-Märkte geschlossen, weil die Weber sich leider erhebliche Maßverkürzungen zu Schulden kommen ließen.

Ehe wir in einem Schlußartikel die Eisenindustrie betrachten, mögen uns die Leser noch einige Zeilen für das Handwerk gestatten.

Grobe rohe Tischler-, Drechsler-, Wagner- und Korbflechterarbeit sowie rohe Töpferwaaren und Schmelztiegel sollen von jetzt ab zollfrei in Frankreich eingehen. Das wäre für Schlesien von keiner Bedeutung aber wohl für den Grenzverkehr des deutschen Westens und Südens. Wo sich indeß die Arbeit deutschen Handwerks, selbst nur die rohe, bekannt gemacht, da wird auch die confectionirte Eingang finden. Die Tischlerei z. B. in Breslau hat sich zu einem Weltrange erhoben. Die Solidität der Construction, die Billigkeit der fabrikmäßigen Herstellung, der Geschmack im Renaissance- und Rococostile, die Schnitzereien und Bildhauer-Arbeiten an Möbeln, Carniesen und Kehlungen, welche an die Kunstfertigkeit des Mittelalters erinnern, haben

unseren Möbeln trotz ungünstiger Verkehrswege Absatz in Warschau und Rußland, Jassy und Bukarest, und via Hamburg auch auf transatlantischen Plätzen verschafft. Der Markt in Frankreich und dessen überseeische Besitzungen wird sich nicht verschließen. Der Franzose ist sparsam, aber er fordert und bezahlt auch wieder die besten Preise für wirklich guten Geschmack.

Die Fabrikation von Thongefäßen in Steinau erinnert schon vielfach an die Vollendung der Antike, und wird sicher den Verkehr eröffnen.

Giesmannsdorf bei Neisse, dessen schlesische Marke in Sprit in Triest und Marseille, Genua und der Levante bekannt und beliebt ist, legt, wie wir hören, eine Töpferei an. Die Industrie dieses ländliches Ortes hat bei jedem Beginnen sogleich die weitesten uud letzten Ziele im Auge. Sie wird Steinau die Wege des Handels zeigen.

Wir können kein weiteres Feld des Gewerbefleißes mehr berühren. Handelte es sich um Erhöhung von Schutzzöllen, so wäre eine räumliche, zeitliche, gegenständliche Begrenzung möglich. Aber der Freihandel, der sich eröffnet, wirft sich auf alle Gebiete, welche dem Gedanken und Geiste unterthan sind, und wir können nicht im Voraus alle die bezeichnen, welche er berühren wird. Denn noch einmal

das Schaffende, Herrschende, Bedeutende auch bei der Arbeit der Hände ist der Gedanke, ist der Geist.

Preußen.

**** Berlin,** 1. Mai. [Vertheidigung des kurhessischen Gewaltstreichs. — Die Wahlen. — Eine neue conservative Partei.] Es hat sich doch eine deutsche Zeitung gefunden, welche den kasseler Staatsstreich vertheidigt. Man erräth, daß es die „Kreuzzeitung" ist; was gäbe es auch, was diese Zeitung nicht schon vertheidigt hätte. „Die Verordnung — meint sie — ist nichts Anderes, als die Sicherung gegen die treulose Verkehrung verfassungsmäßiger Handlungen zu Angriffen auf die Verfassung." In derselben Nummer widerräth sie ihren Parteigenossen die Wahl des Geh. Rath Kühne, indem sie schreibt: „Unzweifelhaft würde in gewöhnlichen Zeiten kein Conservativer daran denken, diesem liberalen Büreaukraten seine Stimme zu geben; und es ist uns durchaus unverständlich, wie man eine Wahl, die man an sich als bedenklich und verwerflich bezeichnen muß, dennoch mit Rücksicht und aus Veranlassung der jetzigen politischen Krisis empfehlen mag. Gerade je bedenklicher die jetzige Situation ist, um so fester müssen wir halten; denn nicht durch Wahlen oder Concessionen, sondern nur durch volle selbstbewußte Energie wird man die jetzige Krisis überwinden. — Ueberdies dürfte es selbstverständlich sein, daß, wenn man sich auch unter gewissen Umständen zu Zugeständnissen in Personalfragen herbeilassen kann, dies doch nur unter der doppelten Voraussetzung einen Sinn hat, einmal, daß auch von der Gegenseite ein entsprechendes Entgegenkommen stattfindet, und sodann, daß ein derartiges Zugeständniß mindestens ein praktisches Resultat verspricht." — In der Versammlung der constitutionellen Wahlmänner des ersten Wahlvereins sprach sich Hansemann sehr entschieden gegen die Fortschrittspartei aus, indem er sagte: daß, wenn die jetzt in Berlin dominirende Fortschrittspartei ihre Herrschaft auch nicht auf die rohe Gewalt ausdehne, sie doch wenigstens bis zum Schreien und Hallohen gekommen sei, und da müsse er bewundern, daß die Besitzenden noch nicht ängstlich geworden seien. Man enthusiasmire sich für Leute, die sich 1848 durch Phrasen hervorgethan, während man diejenigen Männer unbeachtet lasse, die ihr ganzes Leben für die freiheitliche Entwickelung eingesetzt haben. (So berichtet die „Stern-Zeitung".) — Einem Gerüchte zufolge will der Herzog von Ujest den Versuch machen, eine neue conservative Partei zu bilden, welche sich von der Kreuzzeitungspartei absondern, und auch den Ministern gegenüber eine unabhängige Stellung einnehmen soll. Es soll sogar eine Zeitung für diese Richtung begründet werden. Der Herzog von Ujest soll schon dreißig Mitglieder des sogenannten hohen Adels gewonnen haben, die mit ihm die neue Bahn betreten wollen.

Berlin, 30. April. [Von der vom König berufenen Generalscommission] hat man offenbar von Hause aus zu viel erwartet. Ihre Aufgabe hat sich darauf beschränkt, über die allerhöchst schon verfügten größern Reductionsmaßregeln ein Gutachten abzugeben. Die wichtigste dieser Maßregeln ist die frühere Entlassung der Reserven und spätere Einberufung der Rekruten, durch welche die Unterhaltungskosten für ein Drittheil der Armee auf etwa vier Monate erspart werden können. Da sich diese Kosten bei dem vollen Heeresbestande von 212,000 Mann auf 15 Mill. Thlr. belaufen, so würden bei viermonatlicher Nichtactivität von einem Drittheil des Heeres $4 \times \frac{5}{12}$ Mill. Thlr., also $1\frac{2}{3}$ Mill. von der ganzen Summe abgehen. Die auf diese Weise gewonnene Ersparniß soll übrigens in Zukunft zur Ausführung einer neuen Organisation der Artillerie verwendet werden. Es steht zu erwarten, daß sich die Regierung in der Militärfrage noch schließlich mit dem Landtage einigen wird, da ihr nicht unbekannt ist, daß es der liberalen Partei nicht darum zu thun ist, die Vermehrung der Ausgaben für das Heer um jeden Preis zu verhindern, sondern nur darum, sie nicht ohne Noth, d. h. ohne Rechtfertigung durch höhere Staatszwecke, eintreten zu lassen. Ob dies bei dem gegenwärtigen Ministerium möglich sein wird, darüber kann natürlich noch nichts Sicheres aufgestellt werden, da dieses Ministerium eine im Ganzen noch unbekannte Größe ist, die erst durch die bevorstehenden parlamentarischen Kämpfe ihren Werth zu bekommen hat. (D. A. Z.)

Königsberg, 1. Mai. [Confiscation. — Die Klage gegen Herrn v. Kamptz.] Die gestrige Nummer des „Telegraph" ist polizeilich mit Beschlag belegt worden. Die Beschlagnahme erfolgte in der Nacht vom Dinstag zum Mittwoch gegen 12 Uhr, nachdem ein Theil der Exemplare bereits versandt und vertheilt war. Der incriminirte Artikel war der Wiederabdruck eines in Nr. 193 der „Nationalzeitung" befindlichen (von dem Justizrath und Staatsanwalt a. D. Sanders in Rawitsch unterzeichneten) Inserates. Am nächsten Vormittage wurde die Versiegelung der Formen wieder aufgehoben, da der Verleger es vorzog, den incriminirten Artikel auseinandernehmen zu lassen. — Unsere neuliche Mittheilung, daß das hiesige Stadtgericht die vom Rechtsanwalt Herrn Jacob als Mandatar der Herren Phillips, v. Forkenbeck und Frhr. v. Hoverbeck gegen Hrn. v. Kamptz eingereichte Klage abgewieseu habe, ist dahin zu berichtigen, daß die genannte Gerichtsbehörde die Klageschrift nur zu dem Zwecke zurückgegeben hat, um dieselbe durch Beibringung weiterer Beweismittel zu vervollständigen. (K. H. Z.)

Aus dem Kreise Mohrungen, 30. April. [Wiederwahl.] Bis heute ist aus dem Wahlbezirke Pr. Holland-Mohrungen die Parteistellung von etwa 220 Wahlmännern bekannt: davon zählen circa 170 zur Fortschrittspartei und ca. 50 zu den Feudalen. Nicht bekannt geworden sind bisher etwa 110 Wahlen, von denen jedenfalls noch eine beträchtliche Anzahl der Fortschrittspartei zu gute kommen wird. Unter diesen Umständen darf die Wiederwahl der Herren v. Forckenbeck und Buchholz schon jetzt als vollständig gesichert angesehen werden.

Stralsund, 30. April. [Ein häßlicher Vorfall] geht hier so eben von Mund zu Mund und dürfte in der Aufregung dieser Tage leicht in arger Weise ausgebeutet werden. Am 28. d., Abends zwischen 10 und 11 Uhr ist in Cassewitz bei Putbus in das Studirzimmer des dortigen Predigers v. Scheven, der gewohnt ist, die späten Abendstunden am Schreibtische zuzubringen, von außen durch das Fenster ein Schuß abgefeuert und gleichzeitig ein faustgroßer Stein hineingeschleudert worden. Pastor v. Scheven hat sich in dem Augenblicke zufällig in einem Nebenzimmer aufgehalten und das abscheuliche Attentat ist daher ohne unglückliche Folgen geblieben. Ob die Absicht vorgelegen hat, Herrn v. Scheven am Leben zu gefährden, ob namentlich der abgefeuerte Schuß scharf gewesen ist, oder ob es nur auf einen Schreck abgesehen war, und ob der oder die Angreifenden die Abwesenheit Schevens aus dem Zimmer haben von außen wahrnehmen können, ist nach den mir bisher zugegangenen Mittheilungen nicht festgestellt. Herr v. Scheven, in seiner kirchlichen wie politischen Richtung der entschiedensten konservativen Partei angehörig und für diese eifrig wirkend, hat schon seit längerer Zeit, wie wir hören, in seiner Gemeinde vielfache Anfeindungen erfahren, die ihren Grund keineswegs in dem politischen Wirken des Angegriffenen haben sollen. Ob eine, wie es heißt, beim Wahlakte mit Herrn v. Scheven, der als Wahlcommissarius fungirte, entstandene Zwistigkeit in irgend welchem Zusammenhange mit dem Vorfalle steht, wird die eingeleitete Untersuchung hoffentlich an's Licht bringen. (N. St. Z.)

Crefeld, 30. April. [Herr v. Sybel.] Nach genaueren Informationen wird sich die Majorität für Herrn Professor v. Sybel hier günstiger stellen, als man anfänglich erwarten durfte. Von unsern 192 Wahlmännern sollen schon 110—112 sich bestimmt für Letztern ausgesprochen haben und nur circa 80 Stimmen noch auf den Candidaten der Clericalen, Herrn Landgerichtsrath von Nyvenheim, fallen. Letzterer ist zwar Protestant, bekennt sich aber in der deutschen Frage zur großdeutschen Politik der Gebrüder Reichensperger und Genossen.

Deutschland.

Frankfurt, 29. April. [In der kurhessischen Frage] ist eine Verzögerung des Ausschußberichtes dadurch bedingt worden, daß die Mittelstaaten in Ungewißheit und Uneinigkeit über die zu befolgende Politik sind. Der Umstand nämlich, daß Hannover und Mecklenburg gegen eine Intervention des Bundes in dieser Angelegenheit und die andern Mittelstaaten für eine Erledigung derselben durch den freien Entschluß der kurhessischen Regierung sind, so wie die Zweifel über die strikte Interpretation des preußisch-österreichischen Antrages haben eine Menge Rückfragen zur Erledigung einer Anzahl Vorfragen nöthig gemacht, so daß nicht abzusehen ist, wie der württembergische Berichterstatter, Hr. v. Reinhardt, Ende Mai mit dem Gutachten des Ausschusses fertig werden kann. Nach dem Berichte des „Frankfurter Journal" aus Kassel soll man dort einen entschiedenen Schritt der deutschen Großmächte erwarten, um zu verhindern, daß durch die Einberufung eines Landtages nach dem Wahlgesetz von 1860 die gegenwärtigen thatsächlichen Verhältnisse noch während der Behandlnng der Angelegenheit am Bundestage verändert würden; aber hier liegt wohl ein Irrthum vor, denn eine solche Einmischung in die innern Angelegenheiten des Kurfürstenthums liegt, wie ich höre, den Cabinetten in Berlin und Wien durchaus fern. (So wird der „Spen. Z." geschrieben. Nun — wenn jetzt nach dem neuesten Gewaltstreiche Preußen sich noch nicht thatsächlich einmischt — dann kann freilich die kurhessische Regierung thun, was sie will, wie sie es auch bisher, ohne sich um Berlin zu bekümmern, faktisch gethan hat. D. Red. d. Bresl. Z.)

Karlsruhe, 29. April. [Ministerielle Erklärung über den preußisch-französischen Handelsvertrag. — Antrag wegen Kurhessens.] In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer beantwortete der Minister des Auswärtigen, Freiherr v. Roggenbach, in ausführlicher Weise eine den preußisch-französischen Handelsvertrag betreffende Interpellation des Abg. Knies. Der Minister deutete darauf hin, daß in der Voraussetzung einer Verlängerung der ursprünglich zur definitiven Unterzeichnung gesetzten einmonatlichen Frist die großherzogliche Regierung baldthunlichst ihre Erklärung abgeben würde, und fügte nach der „Karlr. Ztg." noch wörtlich hinzu: Die großherzogliche Regierung ist bisher bemüht gewesen, möglichst umfassende Aeußerungen der betheiligten Industriellen hervorzurufen. Nachdem sie dieselben erhalten haben wird, wird es ihre Aufgabe sein, abzuwägen, in welchem Verhältniß die zu erhoffenden Vortheile für das Publikum und die Mehrzahl der Konsumenten zu den zu befürchtenden Nachtheilen für einzelne Produktionszweige stehen. Sie wird diese Abwägung gewissenhaft vornehmen. Fiele ihre Entscheidung zu Gunsten des Vertrags, so wird Ihnen rechtzeitig Gelegenheit gegeben werden, Ihre verfassungsmäßige Prüfung eintreten zu lassen. An Ihnen wird es dann sein, zu entscheiden, ob Sie die Entschließung der großherzogl. Regierung genehmigen oder nicht. — In derselben Sitzung wurde (wie bereits telegr. gemeldet) in der kurhessischen Frage der Antrag des Abg. May's: „Hohe Kammer wolle zu Protokoll erklären, daß sie dem Verfahren der großherzogl. Regierung in der kurhessischen Frage ihre vollste Anerkennung zolle, und damit die Erwartung verbinde, großherzogliche Regierung werde dem von Preußen und Oesterreich in der Bundestags-Sitzung vom 8. März d. J. gestellten Antrage nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung zustimmen, daß die hessischen Stände behufs der Revision der Verfassung vom 5. Januar 1831 auf Grund des Wahlgesetzes vom Jahre 1849, oder falls vorerst eine Revision dieses Wahlgesetzes für nothwendig erachtet werden sollte, behufs dieser Revision auf Grund desselben Wahlgesetzes einberufen würden", einstimmig angenommen, nachdem derselbe durch den Abgeordneten Häußer namentlich unterstützt worden war.

Leipzig, 1. Mai. [Die Antwort des preuß. Marineministers auf das Schreiben (vgl. Nr. 203 der Bresl. Z.) des leipziger Flotten-Comite's] lautet wie folgt:

„Dem verehrlichen Flotten-Comite zu Leipzig danke ich verbindlichst für die eingehende und von lebhaftem Interesse für die maritime Streitbarkeit Preußens und Deutschlands zeugende Zuschrift vom 16. d. M.

Es war mir sehr erfreulich, in den Aeußerungen derselben den lebhaften Widerhall der Wünsche und Sorgen zu erkennen, welche mich nicht blos aus Pflichtgefühl, sondern in ebenso hohem Grade aus innigem sachlichen Interesse fort und fort beschäftigen.

Die aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands bei dem königlichen Marineministerio eingegangenen Beiträge haben, wenngleich sie unter verschiedenen Titeln gesammelt und eingesandt worden sind, das Gemeinsame, daß sie, wie das verehrliche Comite richtig bemerkt, selbstverständlich immer das Ziel im Auge haben, daß dadurch Preußens und somit Deutschlands Wehrhaftigkeit zur See gesteigert werden möchte. Die einzelnen, bei Einsendung der Beiträge geäußerten Wünsche können daher nur diejenige Berücksichtigung finden, welche mit der Höhe der Gesammtsumme und der sachverständigen, dem gemeinsamen Zwecke entsprechenden Verwendungsweise im Einklange steht.

Wenn das verehrliche Comite weiter darauf hinweist, dasselbe habe zwar, im Interesse der Küstenvertheidigung, zum Bau von Dampfkanonenbooten gesammelt, die neuesten Erfahrungen in den amerikanischen, sowie die neuesten Bestrebungen in verschiedenen europäischen Kriegsmarinen deuteten jedoch darauf hin, daß die Beschaffung anderer wirksamerer Vertheidigungsmittel, daß namentlich der Bau von Panzerschiffen und schwimmenden gepanzerten Batterien zweckmäßiger erscheine: so versichere ich meinerseits, wie ich gar nicht daran gezweifelt habe, daß die Geber der unter verschiedenen Titeln eingesandten Beiträge mir die dem angedeuteten Hauptzwecke entsprechende Verwendungsweise der Gaben damit gleichzeitig haben anvertrauen wollen.

Sofern also der von den meisten Beitragenden ausgedrückte Wunsch der Erbauung von Kanonenbooten älterer Construction sich nach den neuesten Erfahrungen nicht mehr ausführen läßt, ohne den Hauptzweck der Beiträge in Frage zu stellen, war und ist es meine Pflicht, diesen letzteren jenen Specialwünschen voranzustellen.

Demgemäß habe ich, sobald die erwähnten Erfahrungen zu meiner Kenntniß kamen, im Interesse der für die Verstärkung der vaterländischen Marine in Aussicht zu nehmenden Neubauten sofort sachverständige Commissare nach England und Frankreich entsandt, um auf den dortigen Werften durch Autopsie und durch Rücksprache mit den erfahrensten Constructeuren jener Länder sachkundige Fingerzeige für die den vaterländischen Verhältnissen und Interessen angemessensten Maßnahmen zu gewinnen.

Ob dann die freiwilligen Gaben in ihrer Gesammtheit, wie das verehrliche Comite wünscht, zum Bau eines oder mehrerer kleineren Panzerfahrzeuge nach dem Muster von Ericsson unter eventueller Zuhilfenahme von Regierungsmitteln am zweckmäßigsten zu verwenden sein werden, oder ob die unserem Jahrhunderte eigene schöpferische Kraft in technischen Dingen vielleicht bis dahin schon Besseres zur Beachtung zu empfehlen haben wird, das läßt sich jetzt mit Sicherheit noch nicht übersehen; jedenfalls wird der Zweckmäßigkeitsfrage dabei ihre berechtigte Geltung gewahrt bleiben.

Auch wird das Marineministerium seinerzeit nicht verfehlen, über die Verwendung der ihm anvertrauten patriotischen Gaben in angemessener Weise öffentlich Rechnung zu legen.

Schließlich danke ich dem verehrlichen Flotten-Comite auch für den mir in seinem gefälligen Schreiben gegebenen Anlaß, mich über einen Punkt von allgemeinerer Bedeutung äußern zu können. Es wird von Wohldemselben mit vollem Rechte vorausgesetzt, „daß jedes Ministerium Preußens seiner hohen Aufgabe, Vertreter deutscher Interessen zu sein", eingedenk bleibt. Deuten Sie damit auf den kürzlich stattgefundenen, übrigens nur theilweisen Personenwechsel im Ministerio hin, so werden Sie doch nicht übersehen, daß in Preußen, dessen hochsinniger König der jedesmaligen Staatsregierung die Ziele nach unwandelbaren Grundsätzen steckt, ein solcher Wechsel lediglich die Personen, nicht aber die leitenden Gedanken verändern kann, und wenn es den Leidenschaften aufgeregter Parteien dient, den solche Unwandelbarkeit der Grundsätze, auch in der deutschen Politik Preußens, ausdrücklich hervorhebenden königlichen Erlaß vom 19. v. M. zu ignoriren, eine Veränderung der Regierungsprincipien vorauszusetzen und, als thatsächlich vorliegend, dem Publikum mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln vorzuspiegeln: so wird die Folgezeit die Berechtigung dazu doch entschieden verneinen. Sollte es inzwischen zur Beruhigung Zweifelnder dienen, daß Preußens deutscher Beruf von seiner Regierung nach wie vor willig anerkannt wird, und sollte dies durch die Zusicherung bestätigt werden können, daß die aus freiwilligen Gaben gewonnenen Mittel zur Vertheidigung der deutschen, nicht speciell der preußischen Küsten verwandt werden würden: so nehme ich keinen Anstand, ausdrücklich zu erklären, daß, wie auch die jetzt schwebenden commissarischen Verhandlungen über die Vertheidigung der Nordseeküsten beweisen — die preußische Regierung ernstlich gewillt ist, den nichtpreußischen Küsten Deutschlands nach Maßgabe der disponiblen Kräfte und Mittel denselben Schutz zu gewähren wie den eigenen, und daß sie daher gern bereit ist, die aus jenen Beiträgen gewonnenen Mittel ausschließlich zur Verstärkung der Nordseeflotille zu verwenden.

Indem ich wünsche, daß diese meine, den Auffassungen der königlichen Regierung vollkommen entsprechende Erklärung die hier und da gehegten und von dem verehrlicheu Comite in dem gefälligen Schreiben vom 16. d. M. betonten Besorgnisse zerstreuen möge, bitte ich die Versicherung meiner hochachtungsvollen Gesinnung zu genehmigen.

Berlin, 19. April 1862. Der Kriegs- und Marineminister.
v. Roon."

Oesterreich.

Wien, 29. April. [Ein österreichisch-französischer Handelsvertrag.] Dem „Dr. J." wird geschrieben: Es ist vollkommen richtig, daß, wie die „Wien. Correspondenz" angedeutet hat, von französischer Seite mit Oesterreich Verhandlungen angebahnt werden zu dem Zwecke, um der kaiserlichen Regierung die Möglichkeit zu gewähren, dem von Frankreich mit Preußen abgeschlossenen Handelsvertrage beizutreten. Da nun die präjudizirlichen Absichten, welche bei diesem Abschlusse mitgewirkt haben sollen, auf keinen Fall ein Gegenstand des Vorwurfs und der Beschwerde gegen Frankreich sein können, so befindet sich selbstredend die kaiserliche Regierung gar nicht in der Lage, dem Entgegenkommen einer befreundeten Macht mit einer schroffen Negation im Vorhinein gegenüber zu treten. Ebenso selbstverständlich aber wird durch diesen Schritt Frankreichs an sich in keiner Weise das principielle Bedenken berührt, welches die österreichische Regierung weniger gegen die einzelnen Bestimmungen, als gegen den ganzen Geist jener Convention auf Grund ihres im Febrnar 1853 mit dem Zollverein abgeschlossenen Vertrags geltend machen zu müssen glaubt. Die Regierungen des Zollvereins, welche diese Bedenken theilen, haben daher natürlich nicht zu erwarten, daß diese gemeinsamen Interessen österreichischerseits jemals hintangesetzt werden könnten. Eine volle Berücksichtigung derselben würde, wie wohl kaum der Auseinandersetzung bedarf, die oberste Bedingung der von Frankreich wie es scheint aufrichtig gewünschten Verständigung sein.

C. C. **Wien,** 1. Mai. [Abgeordnetenhaus: Kaiserliche Botschaft.] Das Haus ist nur sehr schwach besucht; auf der Rechten blos wenige Polen und Czechen, die Ruthenen sind zum Theile anwesend. Minister Schmerling verliest, während die Versammlung sich von ihren Sitzen erhebt, folgende kaiserliche Botschaft: In dem Zeitpunkte, in welchem der Reichsrath die verfassungsmäßige Behandlung des Staatsvoranschlages für das Jahr 1862 und der damit im Zusammenhang stehenden Finanzgesetze beginnt, und insbesondere die Behandlung jener Regierungsvorlagen vorgenommen werden soll, durch welche die Deckung der Staatsbedürfnisse und Regelung der Geldverhältnisse angestrebt wird, haben Se. Majestät Allerhöchstihren Ministern den Auftrag zu ertheilen geruht, den beiden Häusern des Reichsrathes kund zu geben, daß die am 2. Juli 1861 in dem Hause der Abgeordneten abgegebene Erklärung, daß die Minister für die Aufrechthaltung der Verfassung und für die genaue Erfüllung der Gesetze auch der Reichsvertretung gegenüber sich für verantwortlich erkennen und diese Verantwortung übernehmen, mit ausdrücklicher Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers abgegeben worden ist, daß Se. Majestät nicht nur dem Grundsatze der Ministerverantwortlichkeit mit jener Begrenzung, wie sie am 2. Juli 1861 festgestellt wurde, die allerhöchste Zustimmung ertheilten, sondern auch constatirt wissen wollten, daß mit der schon durch Ertheilung der Verfassung begründeten Anerkennung dieses Grundsatzes die in dem allerhöchsten Cabinetsschreiben vom 20. August 1851 enthaltene Bestimmung, „daß das Ministerium allein und ausschließlich gegenüber dem Monarchen verantwortlich erklärt, und gegenüber jeder anderen politischen Autorität der Verantwortlichkeit enthoben ist", selbstverständlich insofern außer Wirksamkeit getreten ist, als sie mit dem obgedachten Grundsatze der Minister-Verantwortlichkeit nicht im Einklange steht. Auch haben Se. Majestät zu genehmigen geruht, daß seinerzeit zu einem Verfassungsgesetze über die Verantwortlichkeit der Minister, unter Festhaltung der in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Juli 1861 ausgesprochenen Grundsätze seitens der Regierung die Initiative genommen werde. (Bravo.)

Dr. Wieser glaubt, daß die so eben gewordene Mittheilung sämmtliche Mitglieder des Hauses freudig bewegt habe. (Bravo!) Seitdem das Haus sich mit der Finanzfrage zu beschäftigen begann, mußte sich demselben die Ueberzeugung aufdrängen, daß die Minister-Verantwortlichkeit ausdrücklich zu verkünden, ein unabweisliches Bedürfniß sei. Indem der Kaiser diese Nothwendigkeit anerkannte, habe Se. Majestät die Reichsvertretung abermals zum Danke verpflichtet (Bravo!) und er richte daher die Aufforderung an das Haus, auf Se. Majestät gin dreimaliges Hoch auszubringen. Lebhaft ruft das Haus ein dreimaliges Hoch.

[Eine freiwillige Beleuchtung] soll, wie man vernimmt, heute Abend zur Feier des Tages, an dem Se. Majestät die Verfassung zu schirmen und zu schützen gelobte, und durch die Verantwortlichkeit des Ministeriums das constitutionelle Prinzip neuerdings besiegelt wurde, stattfinden. Es ist nur löblich und billig, daß die Residenz zur Aeußerung der Freude über diesen neuen Beweis des Ernstes, den Se. Majestät kundgegeben, auf der Entwickelung der constitutionellen Bahn fortzugehen, das Signal gebe.

Triest, 28. April. [Die heutige dritte und letzte Sitzung der Hafen-Kommission] führte in wenigen Stunden zu dem erfreulichen Resultate, daß ihre Aufgabe als eine zur allgemeinen Zufriedenheit abgeschlossene anzusehen ist. Die Lokal-Geniedirektion reservirte die Entscheidung des Kriegsministeriums, die eventuelle Anlegung einer kleinen Batterie auf dem Schutzdamm betreffend. Die projektirten Kais und Molos wurden alle angenommen mit der Zugabe zweier weiterer Molos, zwischen den bereits jetzt existirenden von S. Carlo und Giuseppino. (W. Z.)

Frankreich.

Paris, 29. April. [Die russische Anleihe] soll bereits ganz gedeckt sein und die Regierungsblätter streuen dem Cabinet von Petersburg Weihrauch. Wir erinnern hierbei an unsere Andeutungen in einem unsrer jüngsten Briefe über den dem Kaiser zugeschriebenen Plan einer Allianz zwischen Rußland und Frankreich, deren Bindemittel Preußen sein würde. Wie die Sachen eigentlich stehen, können wir nicht wissen, Conjecturen mögen wir nicht machen; wir constatiren daher nur die Thatsache, daß man in unsern offiziellen Kreisen mit großer Vorliebe von jener Allianz spricht und sogar versichert, in Compiegne sei sie besprochen worden. Ein Allianzprojekt anderer Ar ist die Vermählung des Kronprinzen der Niederlande mit der Print

zessin Anna Murat. Die letztere — sie ist übrigens eine in jeder Beziehnng vortreffliche junge Dame — ist die einzige zu verheirathende Prinzessin des kaiserlichen Hauses und ein politisches Capital, das Louis Napoleon zu verwerthen gedenkt; sie unter eine holländische Haube zu bringen, wäre ihm schon deshalb sehr angenehm, weil er selbst der Sohn eines Königs von Holland ist. Die Königin von Holland soll sehr für den Plan eingenommen sein. Vielleicht geht nichts desto weniger das ganze Gerede in Dunst auf, aber es ist nun einmal an der Tagesordnung.

Großbritannien.

London, 29. April. [„Daily News“ leitartikelt heute über Preußen:] Der übereilte und unnöthige Akt, durch welchen die Regierung mit der liberalen Partei im eigenen Lande brach, hat den Deutschen noch mehr Pein verursacht, als den Preußen, wenn es erlaubt ist, die beiden Gesinnungen und Individualitäten sich getrennt zu denken. Die Preußen haben keine Angst, daß man sie um das bescheidene Maß verfassungsmäßiger Freiheit, das der vorige König zu gewähren und der jetzige zu bestätigen für nothwendig erachtet hat, lange wird bringen können. Aber für die Deutschen ist das Factum, daß die Regierung von Preußen sich einer aufrichtigen Allianz mit dem Fortschritt unfähig erwiesen hat, eine vollständige Vernichtung aller Hoffnungen und eine Niederlage aller Pläne für die Sache der deutschen Einheit auf dem bisherigen Wege fortzuwirken. Das preuß. Ministerium hat nun, indem es sich selbst für größere Sparsamkeit aussprach, der liberalen Opposition keine Reduktionen zu machen, kein Sparsamkeits-Votum durchzusetzen gelassen. Ein echtes Parlament würde ohne Zweifel sogleich die Erklärung abgeben, daß es kein Vertrauen zu Herrn v. d. Heydt hat. Aber sehr viele der gemäßigten Liberalen würden vor einem solchen Schritt zurückschrecken. Was man daher fürchtet, ist ein gemildeteres Votum gegen den Finanzminister. Ein solches Votum würde seinen Zweck verfehlen, da dieser Minister, wie man weiß, entschlossen ist, seinen Posten gegen alle feindlichen Abstimmungen zu behaupten. Würde diesem Trotz begegnet, wie sich von rechtswegen gebührt, durch die Weigerung, das Budget zu bewilligen nämlich, so wäre das rechte Gesetz der Ministerverantwortlichkeit und parlamentarischen Controle bald von selbst begründet. Aber man zweifelt, ob die Mehrheit so weit gehen würde. Sollte die neue Kammer sich — was wir zu glauben noch weit entfernt sind — so einschüchtern lassen, so wäre die Folge, daß in der Person des Herrn v. d. Heydt ein neuer bureaukratischer Minister à la Manteuffel installirt wäre. Wir können uns nichts denken, was für Preußen verderblicher oder für die preußische Krone gefährlicher sein könnte. Der König hat die Theorie Napoleons III. angenommen, daß seine volksvertretende Kammer, obgleich sie die Ausgaben bekämpfen und selbst überwachen dürfe, doch kein Recht habe, sich gegen die Person eines Ministers zu erklären oder der Regierung eine Politik vorzuschreiben. Einer der Haupteinwürfe gegen die Anerkennung Italiens war, daß die Kammer dafür gestimmt hatte, und daß daher eine unmittelbar auf jenes Votum folgende Anerkennung wie ein Akt der preußischen Nation, nicht der preußischen Regierung, ausgesehen haben würde. Anstatt also einen Stolz darein zu setzen, Führer und Vertreter der nationalen Meinung zu sein, gab sich die Regiernng der grillenhaften Idee hin, daß es ihrem Ansehen Abbruch thun könnte, wenn sie ein solcher Führer zu sein schiene.

— Der berliner „Times“-Correspondent schreibt: „Unter Leuten, welche die Vorgänge in Preußen während der letzten fünf Wochen aufmerksam verfolgt haben, kann meines Erachtens gar keine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Rolle obwalten, welche Sr. preußischen Majestät gegenwärtige Regierung, seit sie am Ruder ist, in einem fort gespielt hat. Von Anfang an erfreute sie sich weder der Unterstützung noch der Presse, und wohl selten hat es ein Ministerium gegeben, welches als so ganz freundlos erschien. Die paar Blätter, welche die Anwalte der reactionären Partei sind, haben ihm die Art Unterstützung angedeihen lassen, wie man sie wohl Leuten leiht, die man als Stufen betrachtet, über welche die einzelnen Freunde nächstens zur Macht emporklimmen. Das Heydt-Roon-Jagow-Cabinet hat gar keine Anhänger und Vertheidiger, die es um seiner selbst willen wären, außer der officiösen „Sternzeitung“, welches ein permanentes, bezahltes Anhängsel der jemaligen Regierung und daher zur Unterstützung dieser Regierung, gleichviel welcher politischen Richtung dieselbe angehört und was für Schritte sie thut, verpflichtet ist.“

Unterhaus-Sitzung. Bentinck fragt den Kriegs-Minister, ob es wahr sei, daß man im Sund von Plymouth durch Versenkung von Steinen eine künstliche Insel herstelle, um auf derselben ein ähnliches Fort zu errichten, wie die Forts, mit deren Bau man zu Spithead begonnen habe. Sir G. C. Lewis entgegnete, es solle ein Fort hinter dem Wasserbrecher, nicht auf demselben errichtet werden. Es werde nicht die Form eines Wasserbrechers haben, indem die Mauern senkrecht sein würden. Der Bauplan stehe im Einklang mit den von der Landesvertheidigungs-Commission ertheilten Rathschlägen. Estcourt fragt, ob am Donnerstag, dem Eröffnungstage der Ausstellung, eine Sitzung stattfinden werde. Sir G. Grey antwortet, es sei allerdings die Absicht der Regierung, daß das Haus am 1. Mai seine Thätigkeit nicht unterbreche; doch werde man für den Beginn der Sitzung eine andere Stunde, als die gewöhnliche, anberaumen. Die Zeit für die Eröffnung der Ausstellung sei noch nicht definitiv festgestellt; doch werde am Mittwoch die Stunde angezeigt werden, wo das Haus zusammenkommen könne.

[Vermahnung zur Höflichkeit gegen die Ausstellungsgäste.] Die „Times“ hält es, gerade so wie vor elf Jahren, angezeigt, ihren Landsleuten eine kleine Predigt zu halten, damit sie sich gegen die fremden Gäste anständig benehmen, sie nicht über Gebühr prellen und plagen, deren leibliche und geistige Bedürfnisse berücksichtigen, sie zurechtweisen, wenn sie sich auf dem Wege verirrt haben, sie zu sich ins Haus einladen, sie nicht ungebührlich langweilen mit schlechter Musik und sie freundlich in Schutz nehmen gegen unverschämte Fuhrleute und dergleichen mehr. „Einige unter uns“, sagt das Blatt, „schauen auf die erwarteten fremden Gäste, wie der Fischer nach einem Zug junger Heringe ausschaut. Es ist ihnen um nichts Anderes dabei zu thun, als die Ankömmlinge in ihren Netzen zu fangen oder zu harpuniren. Bei Anderen wieder bricht das insulare Vorurtheil durch. In den Augen dieser ist jeder Ausländer ein Wilder oder ein Narr, dessen Anzug oder dessen Waschungen jederzeit Verdacht einflößen. Allerdings macht sich der Fremde manchen Verstoßes gegen unsere Sitten schuldig, und mancher unserer hochgeehrten Bräuche wird von ihm wenig gewürdigt. Aber dabei sollten wir bedenken, wie vortrefflich für den reisenden Engländer auf allen großen Heerstraßen des Continents gesorgt ist, während London und alle größeren englischen Städte ganz und gar nicht auf Fremdenbesuch, sondern lediglich auf eine behagliche Existenz der Eingebornen eingerichtet sind. In einer londoner Miethswohnung fühlt der Fremde sich wie in einem Gefängnisse, und auf der Straße, wie ein von der Welt Geächteter, hilflos Verstoßener; können wir ihm bei dem besten Willen den Aufenthalt unter uns erträglich machen? Nicht ganz, aber doch zum Theil schon durch bloße Höflichkeit, indem wir uns bemühen, ihn zu verstehen, wenn er nach dem Wege fragt, indem wir ihm beispringen, wenn er in diplomatische Schwierigkeiten mit einem Droschkenkutscher geräth, indem wir ihm mit gutem Rath an die Hand gehen und für einen uns speziell Empfohlenen mehr thun, als ihn zu einem langweiligen Diner einladen. Die Aristokratie sollte in ihrer Sphäre Gastfreundschaft üben. Der Hof lebt zwar in trauernder Zurückgezogenheit, doch braucht die Gastfreundschaft eines großen Landes sich nicht nach dem Hofe zu richten. England muß jetzt zeigen, daß seine Institutionen, seine Freiheit, sein Selfgovernment, seine Redefreiheit und die anderen schönen Sachen, auf die wir so stolz sind, etwas mehr bedeuten, als die Verrammelung seiner Häuser vor fremden Gästen, und daß sich die Freiheit mit der Gastfreundschaft viel besser, als mit dem Despotismus verträgt. Wir alle haben eine große Probe zu bestehen. Thue Jeder das Seinige zur Ehrenrettung des Landes.“

Niederlande.

Haag, 29. April. [Minister Thorbecke] trat am 24. d. M. zuerst vor die Kammer, ohne jedoch derselben ein Programm vorzulegen, da die Grundsätze des gegenwärtigen Cabinets hinlänglich bekannt seien. Er hielt sich mit abgethanen Sachen nicht auf, stellte sich vielmehr der Kammer gegenüber auf einen praktischen Standpunkt und untersuchte, was Alles in diesem Jahre zu Nutz und Frommen des Landes erledigt oder vorbereitet werden könne, wobei er mittheilte, daß bereits eine große Anzahl wichtiger Gesetzentwürfe, die er namentlich anführte, aus den Ministerien hervorgegangen sei und dem Staatsrathe zur Vorberathung vorläge. — Durch königlichen Beschluß ist festgestellt worden, daß in Folge der Trennung von Kirche und Staat die beiden Ministerien des Cultus aufhören und die laufenden Sachen der reformirten und anderer kirchlicher Genossenschaften einer besonderen Abtheilung des Justiz-Ministers, die der Katholiken aber einer solchen des auswärtigen überwiesen werden sollen.

Spanien.

Die Candidatur des Erzherzogs Max ist in Spanien durchaus nicht beliebt und die liberalen Blätter sprechen sich entschieden für die freie Hand aus, die den Mexikanern gelassen werden müsse. Um so auffallender ist es jetzt, daß laut telegraphischer Depesche die ministerielle „Epoca“ plötzlich für die Zweckmäßigkeit der Candidatur des österreichischen Erzherzogs auf den mexikanischen Thron auftritt.

Schweiz.

Bern, 25. April. [Pater Roh.] Die Regierung von Basel hat auf die Anfrage des politischen Departements des Bundesraths geantwortet, daß der Jesuit Pater Roh, welcher jüngst in Basel predigte, aus Wallis gebürtig und der nämliche sei, welcher vor 1847 zur Zeit des Sonderbundes in Luzern thätig war. Der Bischof von Basel habe denselben zur Abhaltung der Fastenpredigten autorisirt; jetzt sei er aber bereits wieder nach Deutschland gereist. — Wie der „Schw. M.“ erfährt, sind Maßregeln ergriffen, um ähnliche Besuche künftig zu verhindern und der Bundesverfassung Geltung zu verschaffen.

Provinzial-Zeitung.

Theater.

(Donnerstag, den 1. Mai.)

Fräulein Laura Schubert ist eine Virtuosin, die wie selten Jemand die wirksamsten Mittel in Bewegung zu setzen weiß, um die Lacher auf ihrer Seite zu haben, und wer das versteht, hat bekanntlich gewonnenes Spiel. Ihre „Aurora Veilchenduft“ in Görner's Soloscherz, ihre „Margarethe“ in „Ein ungeschliffener Diamant“, Genrebild nach dem Englischen (nach Auerbachs „Lorle“ wäre richtiger), ihr „Gretchen“ in dem unsinnigen Scherz „Faust und Gretchen“ und ihre „Heinmüller“ in dem Schwank „Seine Dritte“, die Fräulein Schubert an ihrem Benefizabend mit erstaunlicher Ausdauer hintereinander fortspielte, versetzten sämmtlich das Publikum in die munterste Laune, und verschafften der Benefiziatin reichlichen Beifall und Hervorruf, der auch den übrigen Mitwirkenden, namentlich den Herren Weiß und Meinhold zu Theil ward.

Indeß ist auch bereits dafür gesorgt, daß die Freunde der ernsten Muse ihr Interesse dem Theater zuwenden. Morgen, Sonnabend, eröffnet Frau Niemann-Seebach, die hervorragendste tragische Künstlerin Deutschlands, ein Gastspiel an unserer Bühne, das uns eine Reihe der interessantesten und genußreichsten Vorstellungen in Aussicht stellt. Das Publikum wird es hoffentlich nicht an einer reichen Theilnahme fehlen lassen. M. K.

Breslau, 2. Mai. [Tagesbericht.]

[Das Wahlcomite der Fortschrittspartei] legte in der gestrigen Sitzung der Wahlversammlung, in welcher sich über 300 Mitglieder eingefunden hatten, eine Anfrage vor, welche dahin lautete: ob die Wahlmänner-Versammlung die Wahl des Herrn Dr. Johann Jacoby gegenwärtig mit Rücksicht auf die hiesigen Verhältnisse für angemessen halte, und ob es nicht wünschenswerth sei, auch dann noch von seiner Candidatur abzusehen, wenn sich in der Versammlung eine starke Minorität gegen sie erkläre. Mit dieser Berücksichtigung der Minorität sollte etwaigen Vorurtheilen Rechnung getragen werden. Nach einer mitunter sehr lebhaften Debatte sprach sich die Versammlung gegen Jacoby's Candidatur aus, bemerkte aber in einer besonderen Resolution unter Anerkennung seiner Verdienste und seines Charakters ausdrücklich, daß sie sich für diesesmal zu dieser Ablehnung nur im Hinblick auf die Stimmung vieler Bewohner der Stadt habe bewegen lassen. Nachdem diese Angelegenheit zum Schlusse gelangt war, wurden die Herren Vicepräsident v. Kirchmann und Justizrath Max Simon unter großem Applaus einstimmig als Candidaten für das Abgeordnetenhaus ohne Debatte angenommen.

≈ [Zu den Wahlen.] Es ist bei den letzten Wahlen in verschiedenen Bezirken der Fall vorgekommen, daß in den Abtheilungen, die 2 Wahlmänner zu wählen hatten, 3 Candidaten die absolute Majorität und darüber erhielten. Waren z. B. in einer Abtheilung 15 Urwähler erschienen und gaben für zwei Wahlmänner zugleich 30 Stimmen ab, so vertheilten sich dieselben nach der vorhandenen Parteigruppirung nicht selten in der Art, daß auf den Candidaten A. 10 Stimmen, auf die Candidaten B. u. C. je 8 oder 9 Stimmen fielen, während die übrigen sich anderweitig zersplitterten. Hier mußte zwischen den Candidaten, welche die absolute Majorität und mehr als diese, aber gleiche Stimmenzahl hatten, das Loos entscheiden. Ein eigenthümlicher Fall ereignete sich auch in der ersten Abtheilung eines vorstädtischen Wahlbezirks. Von drei Urwählern, die erschienen waren, gab jeder sich selbst die Stimme; der Vorsteher ließ nun, anstatt nach der Interpretation des Wahlreglements eine engere Wahl zu veranlassen, nochmals, wie vorher abstimmen, und erzielte natürlich kein anderes Resultat als ein Vacat in der Wahlmänner-Liste. Es wäre nach der üblichen Interpretation des Reglements erforderlich gewesen, daß der Vorsteher nach dem ersten Scrutinium durch das Loos zwei Candidaten für eine engere Wahl bestimmen, und bei Stimmengleichheit in dieser die Entscheidung wiederum durch das Loos herbeiführen ließ. Ohne Zweifel wird das Wahlmänner-Collegium, welchem bekanntlich die Prüfung über die Giltigkeit der stattgehabten Wahlen zusteht, eine Neuwahl für erforderlich erachten, sobald eine Abgeordneten-Nachwahl stattfinden sollte.

= Da der Landrath des hiesigen Kreises, Hr. Frhr. v. Ende, zum Polizei-Präsidenten von Breslau ernannt ist, wird die interimistische Verwaltung des königl. Landraths-Amtes vom 1. Mai d. J. ab dem Kreis-Deputirten und Landes-Aeltesten Herrn von Lieres auf Gallowitz übertragen. Die Abgeordnetenwahl in Kanth am 6. d. M. wird höherer Anordnung zufolge noch von dem königl. Polizeipräsidenten Herrn Freiherrn von Ende als Wahl-Commissarius geleitet werden. — Wie bereits in der Bresl. Ztg. gemeldet, wird die Direction der Freiburger Eisenbahn am 6. Mai mit dem Morgens um 6 Uhr 50 Minuten von hier abgehenden Güterzuge einige Personenwagen zur Beförderung der Wahlmänner nach Kanth verbinden.

— An Stelle des Obersten v. Noville, der unter Verleihung des rothen Adlerordens 3. Kl. m. d. Schl. in den Ruhestand versetzt worden, ist der Major v. Barby vom Gardes du Corps-Regiment zum Commandeur des Schles. Kürassier-Regts. Nr. 1 ernannt, und an Stelle des Letztern ist der Major im 2. Schles. Ulanen-Regiment, Prinz Friedr. Wilh. zu Hohenlohe-Ingelfingen zum Regiment der Gardes du Corps versetzt.

=bb= Beim 11ten und 50sten Infanterie-Regiment ist eine bedeutende Anzahl Landwehr-Offiziere, Unteroffiziere und Gefreite zum Dienst einberufen worden. So beim 50sten Regiment beträgt die Zahl der Einberufenen 27, darunter 11 Offiziere. Wie bereits in der Bresl. Ztg. gemeldet, beginnen die Landwehr-Uebungen schon in diesem Monate.

= Seit dem gestrigen Tage ist bei der hiesigen königl. Post-Anstalt eine neue Einrichtung bei der Briefbestellung ins Leben getreten, die namentlich in kaufmännischen Kreisen, aber auch nicht minder von dem übrigen correspondirenden Publikum mit Freuden begrüßt und dankbar anerkannt werden wird. Die Zahl der Briefbestellungen ist nämlich erweitert und dadurch auch eine Vermehrung des Briefträgerpersonals herbeigeführt worden, wodurch man es andererseits auch ermöglicht hat, daß die umfangreichsten Reviere getheilt werden konnten. Statt der bisherigen 51 Reviere bestehen also jetzt thatsächlich 61 Reviere, wenn auch die Abgrenzung derselben bisher noch nicht definitiv geregelt ist und erst die Praxis die wirksamste und angemessenste Eintheilung herausstellen dürfte. Während früher nur 5 Briefbestellungen im Laufe des Tages waren, und die Briefträger die eingelaufene Correspondenz ꝛc. um 8 Uhr Morgens, 11 Uhr Vormittags, 1 Uhr Nachmittags, 4 Uhr Nachmittags und 6¼ Uhr Nachmittags zum Abtragen erhielten, sind dieselben am Vormittage, wo bekanntlich die meiste und wichtigste Correspondenz eingeht, um 2 Bestellungen vermehrt und finden deren überhaupt jetzt 7 und zwar um 7 Uhr Morgens, 8 Uhr 30 Minuten Morgens, 10 Uhr Vormittags, 11 Uhr Vormittags, 1 Uhr Nachmittags, 4 Uhr Nachmittags und 6¼ Uhr Abends statt. Die Beschleunigung der Briefbestellung besteht nun namentlich darin, daß die mit den Abendzügen eingelaufene und mit den Frühposten aus der ölser, krotoschiner, münsterberger und nimptscher Gegend angekommene Correspondenz ꝛc., welche früher erst in der 9. Stunde gleichzeitig mit den Briefpostgegenständen des berliner Schnellzuges zur Bestellung kam, nunmehr schon um 7 Uhr Früh von den Briefträgern ausgetragen wird und diese dann um 8½ Uhr, wo sie damit in der Regel fertig sind, blos die berliner ꝛc. Correspondenz zu bestellen haben, was jetzt um so schneller auch in den umfangreichsten Revieren geschehen kann, da dieselben ja, wie schon oben erwähnt, getheilt sind und die zehn neu angestellten Briefträger zur Aushilfe in diesen benutzt werden. Es ist durch diese neue Maßregel eine Beschleunigung der Briefbestellung angebahnt, wie sie nur immer in dem Interesse des Publikum liegen und von demselben gewünscht werden kann. Jene Beschleunigung erstreckt sich auch ganz besonders auf die mit dem berliner Schnellzuge angekommenen Packete und Geldbriefe, welche jetzt schon von 10 Uhr Vormittags ab durch die Briefträger zur Bestellung kommen können.

N. [Sommertheater.] Die Eröffnungs-Vorstellung am 1. Mai war vom schönsten Wetter begünstigt, und fand die Hallen der Arena ziemlich gut besetzt. Es bot sich in dem aus drei älteren beliebten Stücken gebildeten Repertoire Gelegenheit, einen erklecklichen Theil der neugewonnenen Bühnenkräfte kennen zu lernen. In dem sentimentalen, und deshalb für das mehr dem schärferen Witz der modernen Posse geneigte Publikum etwas langweiligen Liederspiel: „Die weibliche Schildwache“ bewährte Frau Julius-Seidler ihren Ruf als gewandte, stimmbegabte Subrette, obwohl sie als die ländliche „Rose„ nicht naiv genug erschien. Von sehr wirksamer Komik erwies sich der Tolpatsch „Hinze“ des Herrn Homann; eine gute Leistung war auch der „junge Kriegsgott“ des Herrn Schlögell, der mit angemessener Repräsentation ein volles, wohlklingendes Organ verbindet. Lebhafteren Anklang als das erste Stück fand das Lustspiel: „Die Hochzeitsreise“ von Roderich Benedix, dem kürzlich, wenn wir nicht irren, von der leipziger Universität zum Doctor promovirten wiener Theaterdichter. Benedix hat in diesem zweiaktigen Lustspiel das Leben eines deutschen Professors in seinen Licht- und Schattenseiten trefflich gezeichnet. Mögen die Farben immerhin etwas stark aufgetragen sein, so wird doch das Stück bei guter Darstellung seine Wirkung nie verfehlen. Herr Schlögell übertrieb zwar ein wenig das pedantische Wesen des „Prof. Lambert“, doch wurde der anfänglich trübselige Humor desselben durch die aufräumende und aufgeräumte Laune, die muntere Schalkhaftigkeit seiner jungen Gemahlin bald gemildert. Frl. Lüth spielte die „Frau Professorin“ vielleicht nur allzu geläufig. Ein ganz netter „Famulus“ war Frl. Rosen, und Herr Justmüller ein Stiefelputzer „Hahnensporn“ comme il faut. Zum Schlusse brachte uns die Vaudeville-Posse: „Hermann und Dorothea“ einen alten Bekannten in Herrn Kowalsky (Hermann) wieder, der schon in voriger Saison durch seine vielseitige Verwendbarkeit sich vortheilhaft ausgezeichnet hat. Viel Heiterkeit erregte die oft übersprudelnde Laune des Herrn Homann in der Rolle des Lehrjungen „August“, und er mußte das Couplet von den „Abwechselungen“ da capo singen. Minder glücklich war Herr Justmüller als „Naake“, dessen komische Wirkung sich erst geltend machte, als der klatschsüchtige Hauswirth an die Luft gesetzt wurde. Frl. Gauger spielte die für ein Debut zu wenig dankbare Rolle der „Dorothea“ nicht ohne geschickte Nuancirung. Frau Scheller gab die ehrsame „Bäckerwittwe“ eben so brav wie die gemüthliche „Mutter Anton“. Im Ganzen läßt sich dem Personal ein günstiges Prognostikon stellen; das Ensemble war anerkennenswerth, und wird bei dem sichtlich hervortretenden Eifer aller Mitglieder, und dem unverkennbaren Fleiße junger aufstrebender Talente bald die erwünschte Abrundung erlangen.

=bb= Der Volksgarten erfreute sich gestern eines überaus zahlreichen Besuchs. Außer dem Konzert, der Kapelle des 3. Garde-Grenadier-Regiments, amüsirten das Publikum mehrere Schaustellungen. So sah man das kleine japanesische Zwergpferd, „Miß Julie Pastrana“, ferner den Zulukaffer „Bamba Hungrillo“, eine Boa Anaconde (Abgottsschlange aus Ost-Indien) ꝛc. Der neue französische elegant arrangirte Billardsalon wurde lebhaft frequentirt. Die Aufstellung der holländischen Doppel-Kegelbahn ist in Nächstem zu erwarten, und die dazu nöthigen Arrangements getroffen.

* Die Bleiröhrenfabrik von C. F. Ohle's Erben in Breslau hat sich die patentirte Erfindung des Herrn Professors Dr. Schwarz angeeignet und in Ausführung gebracht, wonach Bleiröhren in- und auswendig mit einem glasurartigen Ueberzuge versehen werden, damit selbst destillirtes Wasser ohne jede Gesundheitsgefährlichkeit durch solche Röhren geleitet werden kann.

Δ [Waldbrand.] Gestern ist in dem anmuthigen oswitzer Walde, die Freude der Tausende, die in der wärmeren Jahreszeit in seinem Schatten sich ausruhen, ein Brand entstanden, der sehr leicht größere Dimensionen annehmen konnte, wenn nicht ein glücklicher Zufall sehr bald die Gefahr beseitigt hätte. Einige Gymnasiasten machten am Nachmittage eine botanische Excursion durch denselben und zerstreuten sich zu diesem Zwecke, um sich dann an einem bestimmten Ausgange des Gebüsches wieder zusammenzufinden. Der eine der jungen Leute, der Sohn eines hiesigen höheren Beamten, schlug sich südwärts hinein und nahm an einer Stelle zu seinem Schrecken wahr, daß das Unterholz brannte und daß hier große Gefahr drohe. Er eilte mit großer Geistesgegenwart, da er allein nicht zu helfen vermochte, an einen ziemlich fernen Ort, wo gerade, wie er wußte, Arbeiter beschäftigt waren und setzte diese von dem Ausbruch des Waldbrandes in Kenntniß. Zufällig war der Förster in der Nähe, dem man also sofort die Gefahr melden konnte, und so vermochte dieser auf der Stelle die nöthigen Maßregeln zu treffen. Mit Hilfe einer nicht geringen Anzahl Arbeiter, die das Holz mitten um die in Brand gerathene Unterholzung abrasirten, wurde sehr bald jede Gefahr beseitigt und also durch einen glücklichen Zufall eine Waldung gerettet, die dem reizenden Oswitz zur schönsten Folie dient.

Das fünf Jahr alte Kind des auf dem Ketzerberge Nr. 32 wohnenden Uhrmachers G. wußte sich gestern Abend in der achten Stunde durch die offenstehende Hinterthüre in den Hofraum des erwähnten Hauses, der an die Ohle stößt, zu schleichen und wollte dann die in dieselbe befindliche Treppe hinabsteigen. Es trat dabei aber fehl und stürzte in den Strom, indem es die Treppe hinunterrollte. Da derselbe gegenwärtig ziemlich tief ist, so schwamm es einige Schritte auf der Oberfläche fort, und wäre dann sicher zu Grunde gegangen, wenn nicht ein Schuhmacherlehrling das auf dem Wasser treibende Kind von dem Hofraume eines Hauses auf der Ohlauerstraße aus gesehen hätte und, ohne sich lange zu besinnen, in den Strom gesprungen wäre. Er mußte bis an den Oberkörper hineinwaten, bevor er zu demselben gelangte, worauf er es noch lebend, wenn auch halb besinnungslos, den Seinen zurückgab.

=bb= Gestern Abend 6 Uhr ereignete sich ein Unfall auf der Uferseite, der leicht ernste Folgen hätte nach sich ziehen können. Ein Knabe in dem Alter von 9–11 Jahren lief in jugendlicher Unbesonnenheit auf dem Bollwerk an der Oder, seine Füße glitten aus, er stürzte in den Strom und sank sofort unter. Nur durch die aufopfernden Bemühungen des an der Kasse der Paulinenbrücke stationirten Schiffer Wilschke gelang es, das Kind zu retten. Der kleine Taucher ging nach seiner Rettung gelassen von dem Schauplatze. Dieser Vorfall ist wieder eine ernste Mahnung, wie dringend nöthig längs der Uferseite ein Geländer ist. — Wiederum ein Lebensmüder, bei dem nach der That die Lebenslust wieder erwachte! Gestern Nachmittag sprang ein anständig gekleideter junger Mann an dem Rechen der Mathiasmühle in die Oder. Als derselbe jedoch Wasser geschluckt, erwachte in ihm die Lust zum Leben, und er klammerte sich krampfhaft an den Rechen an. Durch den Maurerpolirer Satzke und einige Arbeiter wurde derselbe mittelst Haken wieder ans Trockene gebracht.

=bb.= Heute Früh gegen 5 Uhr erschoß sich auf dem Flur der Kaserne im Bürgerwerder ein Füsilier des 2. Schles. Gren.-Regts. Nr. 11 mittels seines Gewehres. Derselbe drückte mit dem Fuß das Gewehr ab und ging die Kugel durch den Kopf. Derselbe ist der Sohn eines wohlbegüterten Freistellenbesitzers.

---

† **Glogau,** 1. Mai. [Zur Wahl.] Wir sind jetzt im Besitz der Nachrichten über den Ausfall der Wahlmänner-Wahlen des glogau-lübener Wahlkreises. Gewählt sind 390 Wahlmänner, von diesen dürften 215

bis 220 unbedingt für die bisherigen Abgeordneten Bassenge zu Lüben und Präsident Dr. v. Rönne stimmen. Wie man bis heute übersehen kann, werden am 6. d. M. drei Parteien concurriren, die conservative mit dem Baron v. Buddenbrock auf Tschirne und Staatsanwalt a. D. Schmidt auf Tschirnitz, die monarchisch-constitutionelle mit dem Präsidenten v. Rönne und dem Gutsbesitzer Mentzel aus dem lübener Kreise und die sogenannte Wiederwahlpartei mit dem Präsidenten Dr. v. Rönne und Kreis-Gerichts-Director Bassenge zu Lüben. Die letztere Partei dürfte den Sieg erlangen! — Ein Wahlcuriosum hat sich im hiesigen Kreise ereignet, das immenses Aufsehen erregt; wir theilen dieses mit, wie es der „Niederschlesische Anzeiger" berichtet und wie die Geschichte überall erzählt wird. Die Dörfer Tschirnitz, Bautsch und Putschlau bilden einen Urwählerbezirk, der Wahl-Commissarius hat den Termin zur Vornahme der Wahl auf Morgens 4¾ Uhr angesetzt, was wohl im ganzen preußischen Vaterlande einzig und allein der Fall sein dürfte. Um 5 Uhr erschienen die Wähler aus Bautsch, doch kamen sie bereits zu spät, denn die Wahl war beendet. Wenn ein Wahl-Commissarius, besonders auf dem Lande, berücksichtigen wird, daß die Uhren der verschiedenen Dörfer um 10 Minuten öfters differiren und in allen Wahlbezirken wohl ¼ Stunde gewartet wird, bis die Wähler sich eingefunden haben, so erscheint das Mitgetheilte fast unglaublich, um so mehr, als das Verlesen der Wahlordnung, Constituirung des Wahlbüreaus, Verlesen der Namen der Urwähler des Bezirkes doch mindestens eine Zeit von 20 Minuten erfordert. Bei dem königl. Landrathsamte ist bereits Protest gegen die Wahl eingelegt worden, auf die Entscheidung des Wahlmänner-Collegiums, das über die Sache zu entscheiden haben wird, ist man überaus gespannt.

△ **Lauban,** 30. April. [Wahlen.] Das Resultat der hiesigen Wahlen ist bereits anderweitig bekannt: es ist entschieden zu Gunsten der liberalen Partei ausgefallen, d. h. von den Wahlmännern sind alle, außer 2—3, für die Wiederwahl von Carlowitz, Paur und Bassenge. Die Mäßigung, welche von Seiten der Liberalen bei der letzten Wahl beobachtet wurde, trägt ihre guten Früchte. „Constitutionelle" und „Fortschrittsmänner" arbeiten gemeinsam und einmüthig an der Wiederwahl. Nur ein sehr kleiner Bruchtheil von Leuten, auf welche sich auswärtige Einflüsse geltend machen, bemühet sich um den Sturz von Paur und dessen Ersatz durch Vincke, der von ihnen vor allen Dingen als der Mann bezeichnet wird, welcher allein im Stande sei, das Gebirgs-Eisenbahnprojekt zu Gunsten Laubans ausführen zu machen. Es ist natürlich, daß die Liberalen Vincke's Anwesenheit in der Kammer gern sehen, obgleich sein Eigensinn oft geschadet hat, und Alles, was zu seinen Gunsten vorzubringen ist, erscheint nicht als ein Grund, um seinetwegen die Candidatur Paur's aufzugeben. Es wird also an den alten 3 Abgeordneten des lauban-görlitzer Wahlkreises unbedingt festgehalten. Unser Landrath, der sich in den letzten Jahren mit anerkennenswerther Unparteilichkeit von factiöser Beeinflussung ferngehalten und sich dadurch auch bei den letzten Wahlen allgemeine Liebe und Achtung erworben, soll sich nun doch haben verleiten lassen, einen Aufruf an die ländlichen Wahlmänner zu erlassen, der uns von verschiedenen liberalen Seiten als ein Fehlgriff bezeichnet wird.

E. **Hirschberg,** 1. Mai. [Wahlmänner-Versammlung.] Während im Gasthofe zu den drei Bergen heute Nachmittag die liberalen Wahlmänner beider Kreise (Schönau-Hirschberg) tagten, fand gleichzeitig im Saale „zum Kronprinzen" (Neu-Warschau) eine Versammlung der Conservativen statt, die freilich nicht so besucht als die erstere war. Auffällig war in dieser das unverhoffte Erscheinen des Fürsten Reuß (Ruhberg), und sein Verlangen, ihm das Wort zu gestatten, wurde nicht nur von Hrn. Rittergutsbesitzer Kießling, welcher geradezu die Entfernung des Fürsten verlangte, nicht nur mit Indignation entgegen genommen, sondern gleichzeitig auch dadurch motivirt daß vor 3 Jahren der Fürst in einer vereinten Wahlmänner-Versammlung diejenigen für politisch „unreif" erklärt habe, welche nicht in seinem Sinne stimmen würden. — In der Versammlung sprachen die Herren Apotheker Großmann, Gerichtsrath Fliegel, Pastor Gringmuth, Kfm. Weinmann u. a. m. Das Resultat war Wiederwahl der Herren Gringmuth und Fliegel und ergiebt die Zählung für diese Kandidaten 187 Stimmen aus beiden Kreisen; der Gegenpartei dürften ungefähr 114 Stimmen zufallen. Diese hat, wie ich schon berichtet, als Candidaten die Herren Graf v. Stolberg (Jannowitz) und Landrath v. Grävenitz aufgestellt.

Ձ **Kauth,** 1. Mai. [Jahrmarkt. — Ein Vermißter.] Der am Dinstag begonnene Jahrmarkt war nur mittelmäßig besucht, die Verkäufer klagten über geringen Absatz. — Der seit dem 2. Osterfeiertage vermißte Sohn des Hofeknecht W. zu Radaxdorf ist bis heute noch nicht zurückgekehrt und hat derselbe jedenfalls im dortigen, sehr tiefen See seinen Tod gesucht, da man seine Mütze dort gefunden; dagegen ist trotz vielem Suchen sein Leichnam noch nicht aufgefunden worden.

§§ **Schweidnitz,** 1. Mai. [Bier.] Gestern hielt die hiesige Brau-Commune ihre Morgensprache im Gasthofe zum deutschen Hause ab. Das Endergebniß der Jahresrechnung war ein sehr erfreuliches. Der Braubetrieb war durch einen reichen Absatz des gebrauten Bieres im Laufe des verwichenen Jahres befördert worden. Die Bockbiere (vulgo genannt schweidnitzer Schöps) und die Lagerbiere haben die Concurrenz mit vielen sonst sehr begehrten auswärtigen Bieren ausgehalten; von fremd her ist ziemlich starke Nachfrage nach dem schweidnitzer Getränk. Bei zunehmender Vermehrung der Betriebsmittel stellen sich für die Besitzer brauberechtigter Häuser große Vortheile in Aussicht.

△ **Reichenbach,** 1. Mai. [Wahlen. — Selbstmord.] Die Betheiligung an den Wahlen war gegen früher in Ort und Umgegend eine sehr lebhafte zu nennen. Die liberalen Kandidaten wurden mit so großer Majorität bei den ersten Skrutinien gewählt, so daß das Geschäft in kurzer Zeit überall beendet war. In einem Wahlbezirk der Stadt stimmten circa 50 militärische Urwähler in der dritten Klasse mit. Trotzdem hatten die Kandidaten der liberalen Partei 30 Stimmen über die absolute Majorität. Der einzige conservative Wahlmann am hiesigen Orte ist durch wenig Urwähler der 1. Abtheilung gewählt worden. Da auch im waldenburger Kreise das Resultat der Urwahlen ein gleiches wie im hiesigen gewesen ist, so dürften die früheren Abgeordneten Herren Reichenheim, Nitschke und Karsten mit großer Majorität wiedergewählt werden. Bei einer jüngst stattgefundenen Urwählerversammlung der conservativen Partei in einer schlesischen Stadt wurde mit Befremden bemerkt, daß die Mitglieder des Kreisgerichts in so geringer Anzahl erschienen seien. Ein dieser Behörde angehöriger Herr gab darauf die schlagende Antwort: „Die abwesenden Herren sind nicht krank". — Eine Frau aus dem waldenburger Kreise, welche sich zeitweise in einem nahegelegenen Dorfe aufhielt, hat sich durch Phosphor, welchen sie von Streichhölzern abgelöst hatte, vergiftet.

⚒ **Tarnowitz,** 1. Mai. Wenn die Leitung eines industriellen Etablissements von einiger Bedeutung niemals eine leichte ist, so sind aber doch ganz besonders ungünstige Conjuncturen am besten geeignet, das Verwaltungstalent und die Umsicht eines Betriebsbeamten in das richtige Licht zu stellen. Die hiesigen Hohöfen, Eigenthum der Tarnowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, hatten unter dem Drucke, welcher auf der oberschlesischen Eisen-Industrie schon jahrelang lastet, nicht weniger zu leiden, als andere Etablissements, trotz dessen aber ist es der Tüchtigkeit und Umsicht des Hrn. Hütten-Director Lange allein zuzuschreiben, wenn die Actionäre vor' größeren Verlusten bewahrt worden sind, und läßt sich, nachdem jetzt der vierte Hochofen in Betrieb gesetzt worden ist und eine Steigerung der Eisenpreise in Aussicht steht, mit Sicherheit erwarten, daß es der Umsicht des erwähnten Hrn. Betriebs-Director gelingen wird, das Werk zu einem wahrhaft nutzbringenden und gemeinnützigen zu erheben. — Schon wieder hört man von einem Verlust, welcher unsere Stadt bedrohen soll, es soll nämlich die Bergschule auf den Wunsch einer hochgestellten Persönlichkeit von hier nach Königshütte verlegt werden. Wir wollen für die Begründung dieses Gerüchtes keine Verantwortung übernehmen, es dürfte jedoch Aufgabe der städtischen Behörden sein, darüber zu wachen, daß durch derartige Maßregeln Tarnowitz nicht ganz in Verfall geräth.

○ **Rybnik,** 30. April. Unsere Wahlen sind im Verhältniß zur letzten sehr günstig ausgefallen, und dürfte die bevorstehende Abgeordneten-Wahl ein sehr befriedigendes Resultat liefern. Neben den früheren Abgeordneten treten auf die Herren Graf v. Reichenbach, Dr. Haber und Appellations-Gerichtsrath a. D. v. König, und werden dieselben bei der in Sohrau auf den 4ten d. M. anberaumten Vorwahl Vorträge halten.

* **Guttentag,** 1. Mai. Wegen des begonnenen Baues der Chaussee von Woischnik nach Mittok, ist die Sperrung der Wegestrecke von der Stadt Woischnik bis zum Dominialforsten, genannt Brzym, nothwendig geworden, weshalb während der Dauer dieser Sperrung der sogenannten Kaiserstraße der Weg über Solarnia seitens des reisenden Publikums zu benutzen ist. — Zum Besten beider Lehrer-Wittwen-Kassen findet in Lublinitz am 4. Mai d. J. ein Instrumental- und Vocal-Concert statt.

=g= **Kosel,** 1. Mai. [Die Erdöffnung bei Gr. Strehlitz], von welcher wir in Nr. 199 d. Z. berichteten, ist, wie wir weiter hörten, durch Sachverständige verschiedener Art (Geometer, Maurermeister, Bergleute ꝛc.) untersucht, jedoch ist nichts Interessantes an ihr entdeckt worden; d. h. man hat nicht gefunden, daß ihre Existenz mit den im Jahre 1818 dort entdeckten Spuren von heidnischen Gräbern, oder mit früherem Bergbau in irgend eine Verbindung zu bringen wäre.

(Notizen aus der Provinz.) * Bolkenhain. Hier sind sämmtliche Wahlmänner, bis auf Einen, liberal; ein gleiches Resultat ist meist auf dem Lande erzielt worden.

+Görlitz. Wie der „Anzeiger" meldet, hat das Comite für das Demiani-Denkmal beschlossen, die Auswahl des Platzes den städtischen Behörden zu überlassen. Bei der in der nächsten Zeit stattfindenden Enthüllung des Demiani-Denkmals werden voraussichtlich die hiesigen musikalischen Kräfte vereint mitwirken. Es wird zu dem Zwecke eine Cantate gedichtet und componirt werden. — Die schlesische Gesellschaft für vaterländische Kultur hat die Einladung zur Abhaltung der Wander-Versammlung in Görlitz angenommen und den beiden hiesigen gelehrten Gesellschaften die Aufstellung eines Programms überlassen.

△ Bunzlau. Am 29. April Vormittags fand in dem großen Rathhaussaale eine Feierlichkeit statt, die der Vollendung des Gymnasiums durch die Eröffnung der Prima und der Einführung des Herrn Prorector Güthling und des Herrn Gymnasiallehrer Luchterhand galt. Gegenwärtig waren die Vertreter der städtischen Behörden, des Lehrer-Collegiums und die Schüler. Herr Gymnasial-Director Dr. Beifert bestieg die Rednerbühne, um mit gehaltreichen Worten der Bedeutung dieses Tages einen würdigen Ausdruck zu geben, worauf beiden Herren die Vocationen ausgehändigt wurden. Herr Bürgermeister Flügel verpflichtete sie unter Hinweisung auf den schon früher abgelegten Amtseid mittelst Handschlag zu treuer Amtsführung. Ein Primaner begrüßte die neuen Lehrer im Namen seiner Mitschüler. Herr Prorecter Güthling sprach danach über das Streben der Gymnasien nach dem Idealen. Die erhabene Feier wurde mit dem Liede „Nun danket Alle Gott" geschlossen. — Abends versammelten sich ungefür 40 Herren im Saale des Gasthofes „zum Schwarzen Adler" zu einem Festmahl, das dieselben in gemüthlich heiterer Stimmung einige Stunden vereinigte.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Posen, 1. Mai. [Ein kaltes Bad.] Ein Nachtwächter fand in der Nacht vom Sonntage zum Montage dieser Woche auf einer Treppe, die zur Warthe herunterführt, eine schlafende männliche Person. Bemüht, dieselbe zu erwecken, konnte er es nicht verhindern, daß diese Person in die Warthe hineinfiel. In der dunkeln Nacht konnte der Wächter auch nichts zur Rettung des Mannes thun; er machte am nächsten Tage Anzeige von dem Vorfalle, in Folge dessen man annahm, die Person sei ertrunken. Dagegen hat diese nun Widerspruch erhoben. Am Ende der vorigen Woche ist nämlich ein aus einer Arbeitsanstalt entlassener Mensch hier angekommen, hat sich am Sonntage gründlich berauscht und dann auf jener Treppe sein Nachtquartier aufgeschlagen. Er ist erst wieder erwacht, als er in der Warthe lag und hat schwimmend das jenseitige Wartheufer zu erreichen gesucht, wo er denn auch ganz nüchtern glücklich angelangt ist. (Pos. Z.)

Bromberg, 28. April. In die Lotterie-Kollekte des Herrn Hofbuchhändler Levit hier ist vor einigen Tagen ein Gewinn von 30,000 Thalern gefallen, bei welchem meistens ärmere Leute betheiligt sind. (Ostd. Z.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 29. April. **[Auszug aus den Protokollen der Handelskammer. VII. Plenarsitzung.]** In der Feststellung des **Jahresberichts** wird fortgefahren. Die Artikel **Steinkohlen, Metalle** und **Metallfabrikate, Colonialen, Kalk, Krapp, Mehl, Glas, Seidenbau, Häute** und **Leder, Hadern** und **Papiere** werden vorgetragen und mit geringen Modificationen genehmigt. — Die soeben erschienene II. Zusammenstellung des königl. statistischen Büreaus zu Berlin über Handel und Industrie im preuß. Staate, auf Grund der einzelnen Handelsberichte, wird, wie schon die vorige, mit großer Befriedigung aufgenommen, und beschließt man, behufs Förderung und Erleichterung dieser vergleichenden Gesammt-Uebersicht, sich schon bei dem demnächst erscheinenden Jahresbericht möglichst dem System derselben anzuschließen. — Das Rescript des Hrn. Ministers des Innern wegen der Urwahlen, desgleichen der Bescheid des Hrn. Hansemann, betreffend denselben Gegenstand, werden mitgetheilt. (Dieselben sind bereits ausführlich abgedruckt worden und haben ohnehin nur noch historischen Werth.) — Das Kreisgericht zu Leobschütz erfordert ein **Superarbitrium in Betreff kaufmännischer Buchführung.** Dasselbe wird festgestellt. Dabei ist die principielle Entscheidung von Wichtigkeit, **wonach die Führung eines Cassabuchs unter allen Umständen für nöthig erachtet wird.** — Die Erwiderungsschreiben der königl. Directionen der Oberschlesischen und Niederschlesisch-Märkischen Bahn betreffend die Zinktransporte gelangen zur Kenntniß. Das der letzteren theilt mit: „daß der bedeutende Verkehr auf allen unseren Stationen, sowie der Umstand, daß wir genöthigt sind, die umfangreichen Kartoffel-Transporte nach Westfalen und den Rheinlanden nicht nur von der diesseitigen Bahn, sondern auch von der Oberschlesischen u. Breslau-Posener Bahn zum größten Theil auf unseren Wagen bewirken zu lassen, einen so bedeutenden Wagenmangel herbeigeführt haben, daß wir uns außer Stande befinden, den allseitigen Anforderungen zu entsprechen. Jedenfalls dürfen wir, wenn wir nicht ungerecht sein wollen, hierbei eine einzelne Station nicht vorzugsweise berücksichtigen, und müssen wir deshalb auch bedauern, dem Anverlangen der Handelskammer wegen Gestellung ausreichender Wagen für die Zink-Transporte nach Hamburg ein bestimmtes Versprechen nicht entgegensetzen zu können. Wie dies immer geschehen, werden wir aber auch hier zu leisten suchen, was möglich ist."

Ein Gewichts-Manco von 2 pCt. bei einer Ladung rohen Südsee-Salpeters erklärt die Kammer für zulässig. — Mehrfache Erleichterungen, betreffend den Correspondenz-Verkehr durch anderweite Einrichtung der Bahnzüge, Veränderung der Abfahrzeit, schnelleres Fahren, kürzeren Aufenthalt werden beantragt. Insbesondere wird gewünscht: 1) daß der Tagespersonenzug der Niederschlesisch-Märkischen Bahn statt um 7 Uhr spätestens um 5 Uhr hier ankommt; 2) daß die wiener Post ebenfalls wo möglich 2 Stunden früher in die Hände des kaufmännischen Publikums gelangt, und 3) daß durch Einrichtung eines Schnellzuges von Leipzig nach Dresden im Anschluß an den sächsisch-schlesischen Nachtzug, durch Abkürzung der ganz unnöthigen, stundenlangen Aufenhalte in Dresden und Görlitz die Aufgabe der Post in Leipzig ebenfalls um mehrere Stunden hinausgerückt wird. Es wird beschlossen, die betreffenden Wünsche des hiesigen Handelsstandes dem Herrn Ober-Post-Director mitzutheilen, auch zur Kenntniß des Herrn Handelsministers gelangen zu lassen. — Diverse Gutachten werden auf Erfordern verschiedener Gerichte ertheilt, desgleichen mehrere Gesuche erledigt. — Schließlich gelangt die von mehrfacher Seite angeregte Angelegenheit, betreffend die Erhebung ungerechtfertigt hoher Schleusengelder für behauene und beschnittene Hölzer auf der Oder zu ausführlichem Vortrag, und wird Befürwortung der Anträge der Petenten bei dem Herrn Provinzial-Steuer-Director, desgleichen bei dem Herrn Handels-Minister beschlossen.

*** **Breslau,** 2. Mai. [Zucker-Bericht.] Im Laufe des vergangenen Monats war das Geschäft in Zucker ein sehr ruhiges, wozu natürlich auch das in denselben fallende Osterfest wesentlich mitwirkte. Es konnte demnach nicht ausbleiben, daß bei verstärkten Angeboten von Brodt-Melis dessen Preise einen Rückgang erfuhr, während dies bei weißem gemahlenen Zucker und gelbem Farin weniger der Fall war, da in diesen Gattungen Verkäufer sich nicht so dringend zeigten.

Daß wir in dieser Campagne bei den niedrigsten Preisen angelangt sein dürften, unterliegt kaum mehr einem Zweifel. Lager in zweiter Hand werden bei eintretendem lebhafteren Bedarf nicht lange vorhalten, und kann dann eine raschere Besserung der Werthe aller Sorten nicht ausbleiben.

Notiren können wir heute: Raffinade 16¾—17⅙ Thlr., Melis 15⅓ bis 16 Thlr., weiße Farine 14⅓—14⅚ Thlr., gelbe 11⅔—13 Thlr., braune 10⅓—11⅙ Thlr. pro Ctr.

† **Breslau,** 2. Mai. [Börse.] Bei matter Stmmung waren österr. Effekten niedriger. National-Anleihe 67—66¾, Credit 88⅝—88¾, wiener Währung 78½—¼ bezahlt und Br. Eisenbahnaktien wesentlich nicht verändert, Oberschlesische 158 Br., Freiburger 128½—129, Neisse-Brieger 76 bis 76¼, Oppeln-Tarnowitzer 45⅛—45 bezahlt. Fonds still. Polnische Valuten niedriger.

Breslau, 2. Mai. [Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.] Roggen (pr. 2000 Pfund) nachgebend; pr. Mai 45¾—45¼ Thlr. bezahlt, Mai-Juni und Juni-Juli 45½ Thlr. Br., Juli-August 45¼—45 Thlr. bezahlt und Br.

Hafer pr. Mai 21 Thlr. bezahlt, Juli-August 21¾ Thlr. Br.

Rüböl matter; loco 12½ Thlr. Br., pr. Mai und Mai-Juni 12 5/12 Thlr. Br., Juni-Juli 12⅛ Thlr. Br., September-Oktober 12¾ Thlr. bezahlt.

Kartoffel-Spiritus fester; loco 15¾ Thlr. Gld., pr. Mai und Mai-Juni 15⅞—15 11/12 Thlr. bezahlt, Juni-Juli 16⅙ Thlr. Gld., Juli-August 16½ Thlr. Gld., August-September 16⅔ Thlr. Gld., September-Oktober 16 11/12—17—16 11/12 Thlr. bezahlt und Gld.

Zink unverändert.

Die Börsen-Commission.

Wasserstand.

Breslau, 2. Mai. Oberpegel: 15 F. 7 Z. Unterpegel: 2 F. 8 Z.

Eisenbahn-Zeitung.

♯ **Breslau,** 2. Mai. Die heutige General-Versammlung der Aktionäre der Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahn wurde von Sr. Durchl. dem Herzog von Ujest mit dem Hinweis auf den bereits früher vertheilten Druckbericht der Verwaltung (s. die gestrige Bresl. Ztg. Nr. 203) über die Betriebsverhältnisse des Jahres 1861 veröffentlicht; derselbe bietet, wenn auch in schwachem Maßstabe, ein Bild des Fortschritts der Rentabilität des Unternehmens, der nach Mittheilung der Verwaltung im gegenwärtigen Jahre sich erfreulicher gestalten dürfte.

Die Rechnungen des verflossenen Verwaltungs-Jahres sind vorschriftsmäßig von der Revisions-Commission geprüft worden, und erklärt in deren Auftrage Stadtrath Trewendt, daß sowohl die Kassenverhältnisse als die Buchführung in bester Ordnung vorgefunden worden.

Da weitere Anträge weder seitens der Verwaltung, noch der Aktionäre gestellt wurden, eine Wahl statutengemäß nicht vorlag, wurde die schwach besuchte Versammlung hierauf geschlossen.

Vorträge und Vereine.

☐ **Breslau,** 2. Mai. In der diesmaligen Sitzung des Reform-Vereins, deren zahlreicher Besuch auf, wenn auch nur langsam steigendes Interesse der Bevölkerung für diesen wichtigen Zweck schließen läßt, hielt Hr. Prediger Hofferichter einen Vortrag über den Streit, der zwischen dem Bischof von Mainz, Hrn. v. Ketteler und dem dasigen freigemeindlichen Prediger Hrn. Hieronymi, in Folge einer Schrift des Ersteren „über Freiheit, Autorität und Kirche" ausgebrochen ist. Hr. v. Ketteler hat in seinem Buch im Einklang mit den Lehren des „Umkehrens der Wissenschaft" und seiner Anhänger, nach Hrn. Hieronymi's Ausdruck in der darüber verfaßten Broschüre, *) vor den Augen der staunenden Leser das logische Mirakel vollbracht, zu zeigen, wie die wahre Freiheit eigentlich nichts ist, als der Gehorsam gegen die Kirche!" Der Vortragende las nach einer Einleitung über die Bestrebung einer gewissen Partei, die Freiheit als nur in der höchsten Beeinflussung liegend, darzuthun, eine Anzahl Stellen vor, worin jene Tendenz von H. Hieronymi bald ernst, bald satirisch beleuchtet wird. — Da ein weiterer Stoff zur Besprechung nicht vorlag, wurde die Versammlung gegen 10 Uhr geschlossen. Die nächste, die in kurzer Zeit stattfinden wird, soll zur Beantwortung und Besprechung aufgestellter Fragen bestimmt werden und werden auch da Gäste gern begrüßt werden.

*) „Freiheit oder Autorität?" was will die Kirche? Kritische Streiflichter des Hrn. W. E. v. Ketteler. Darmstadt 1862. Von W. Hieronymi, deutschkathol. Prediger zu Mainz.

Abend-Post.

Lissabon, 30. April. Eine bedenkliche Volks-Emeute ist bei Oporto in Folge der neuen Steuerlasten ausgebrochen. An 300 Bewaffnete überfielen den Steuer-Empfänger in seinem Hause und verbrannten die Papiere desselben. Der Volks-Auflauf wurde unterdrückt.

Berlin, 1. Mai. Die Börsenztg. schreibt: „Der Einfluß der militärischen Umgebung des Königs ist mächtiger und wirksamer denn je, und nicht ohne Besorgniß hat man sich zu fragen, was werden mag. Diese Umgebung dringt in den König, den Forderungen des Landes „par principe" nicht nachzugeben. Ob Herr v. d. Heydt mächtig genug sein wird, diesen Einfluß zu bekämpfen, muß bezweifelt werden.

** **Breslau,** 2. Mai Abds. In der heutigen Wahlmänner-Versammlung der Fortschrittspartei theilte der Vorsitzende Herr Justizrath Simon mit, daß sich das Comite über den früheren Stadtgerichtsrath, jetzigen Kreisrichter Hrn. Pflücker in Bunzlau als 3. Abgeordneten-Candidaten für Breslau geeinigt habe. Nach einer warmen Befürwortung durch Hrn. Dr. Stein wurde die Candidatur Pflückers von der zahlreichen Versammlung einstimmig angenommen. Die Abgeordneten-Candidaten der Fortschrittspartei sind demnach die Herren Vicepräsident v. Kirchmann, Justizrath Simon und Kreisrichter Pflücker. Letzterer hat sich auf eine telegr. Anfrage zur Annahme des Mandats bereits erklärt. Spezieller Bericht folgt.

Inserate.

[674] **Bekanntmachung.**

Bei der am 28. d. M. im Wahlbezirk Nr. 61 abgehaltenen Urwahl ist die Wahl eines Wahlmannes der ersten Abtheilung nicht vollendet worden.

Es werden daher die Urwähler dieser Abtheilung auf

Sonnabend, den 3. Mai d. J., Nachm. 4 Uhr

zu einer neuen Wahl hiermit eingeladen.

Wahl-Lokal: Knabenhospital in der Neustadt, Kirchstr. Nr. 14, Speise-Saal, II. Etage.

Wahl-Vorsteher: Raths-Sekretär Buchwald I.

Breslau, den 1. Mai 1862.

Der Magistrat hiesiger Haupt- u. Residenz-Stadt.

Königs- und Verfassungstreuer Wahlverein.

Wahlmänner-Versammlung im König von Ungarn:

1) Sonnabend den 3. Mai, Abends 7 Uhr.
2) Montag den 5. Mai, Abends 7 Uhr.

Das Wahl-Comite.

Auras, Lehrer an der Realschule. **Bürkner,** Redakteur. Freiherr **von Falkenhausen,** Oberst a. D. Dr. **Friedlieb,** Professor. **Friedrich,** Buchdruckereibesitzer. **Gliwitzki,** Zimmermeister. **Goerth,** Schlossermeister. **von Goertz,** Geh. Regierungsrath. **Grabowski,** Stadtrath. **Hetzold,** Kaufmann. **Hübner,** Justizrath. **Müller,** Ofenbaumeister. **Nitschke,** Post-Direktor. **Rösler,** Bäckermeister. **Rother,** Posthalter. **Ruffer,** Geh. Kommerzienrath. Dr. **Sachs,** Sanitätsrath. **Simon,** Kaufmann. **Sommé,** Juwelier. **Winkler,** Rendant. [3755]

Bei der heut hier stattgefundenen Vorversammlung haben die erschienenen Wahlmänner zu Abgeordneten für den Wahlkreis Oppeln vorgeschlagen:

1) den Herrn Ober-Regierungs-Rath **Osterrath** in Minden;
2) den Herrn Landrath **Hoffmann** hierselbst.

Oppeln, den 1. Mai 1862. [4539]

Das Comité der Vorversammlung.

Graf **Bünau. Grapow. Maron. Mens. Tarnogrocki.**

Mit einer Beilage.